

Kommunalwahlprogramm DIE LINKE. Region Hannover

Für einen Politikwechsel – Die Region Hannover für die Menschen und nicht für den Profit!

1. Präambel
2. Für einen Politikwechsel
3. Ohne Frieden ist alles nichts
4. Soziale Region Hannover
 - 4.1 Wohnen für alle, nicht Profite für wenige
 - 4.1.1 Für eine alternative, gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik
 - 4.1.2 Neugestaltung der Grundstückspolitik
 - 4.1.3 Stärkung der Rechte von MieterInnen
 - 4.1.4 Belastung durch energetische Sanierung begrenzen
 - 4.1.5 Leerstand vermeiden, Wohnraum schaffen
 - 4.1.6 Stadtplanung von unten
 - 4.2 Die Region Hannover muss sozialer werden - weg mit Harz IV
 - 4.2.1 Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse bekämpfen
 - 4.2.2 Harz IV ist Armut per Gesetz
 - 4.3 HannoverAktivPass erweitern
 - 4.4 Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen
 - 4.5 Energie- und Wasserversorgung sind Menschenrecht
 - 4.6 Gesundheit ist keine Ware
 - 4.6.1 Gescheiterte Strategie: Kostendrückerei auf dem Rücken von Beschäftigten und Patienten
 - 4.6.2 Geld für Rettung ist genug da
 - 4.6.3 Krankenhaus-Neubau im Osten der Region ist unausgegorene Beruhigungspille
 - 4.6.4 Neubau wird durch massiven Stellenabbau zu bezahlen sein
 - 4.6.5 Die Kommunalwahl naht: SPD will angeblich Häuser in Lehrte und Großburgwedel erhalten
 - 4.7 Kinder- und Jugendpolitik
 - 4.8 Seniorinnen und Senioren
 - 4.9 Inklusion – sofortige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
 - 4.9.1 Barrierefreiheit
 - 4.9.2 Selbstbestimmtes Wohnen – daheim statt im Heim
 - 4.10 Kulturarbeit in den Quartieren stärken
 - 4.11 Sport für alle
 - 4.12 Für fünf Euro in den Zoo
5. Solidarisches Arbeiten und Wirtschaften in der Region Hannover
 - 5.1 TTIP, CETA und TISA verhindern
 - 5.2 Für einen solidarischen öffentlichen Sektor
6. Gleiche Rechte für alle – kein Mensch ist illegal
7. Keine fußbreit den FaschistInnen und RechtspopulistInnen
8. Mobilität und Verkehr – umweltfreundlich und sozial
 - 8.1 Mobilität für alle: Preise runter beim Sozialticket
 - 8.2 Endlich attraktiver Nachtverkehr mit S-Bahn
9. Bildung ist keine Ware
 - 9.1 Gebührenfreie und gute frühkindliche Bildung

- 9.2 Für ein sozial gerechtes Schulwesen**
- 9.3 Recht auf Ausbildung jetzt – wer nicht ausbildet muss zahlen**
- 9.4 Gesellschaftliche Teilhabe durch lebenslanges Lernen**
- 9.5 Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung an demokratischen Hochschulen**
- 10. Natürliche Lebensfundlagen erhalten**
- 10.1 Kleingärten aus sozial-ökologischer Verantwortung erhalten**
- 10.2 Bienen sind ein Schlüssel des Ökosystems**
- 10.3 Die Rückkehr des Wolfes**
- 11. Energiepolitik**
- 11.1 Strompreise werden drastisch steigen**
- 11.2 Erdverkabelung bis zu achtmal so teuer wie Freilandleitungen**
- 11.3 Typischer Fall von Industrielobbyismus**
- 11.4 Die Alternative: Dezentrale Energiewende**
- 12. Müllgebührensatzung in den Müll**
- 12.1 Bürgerverarschung statt Bürgerbeteiligung**
- 12.2 Bundesregierung will private Entsorger stärken – zulasten der Beschäftigten und der GebührenezahlerInnen**
- 13. Für die Emanzipation von Frauen – gegen Gewalt an Frauen**
- 14. Demokratie jetzt**
- 14.1 Beteiligung und Bürgerhaushalte**
- 15. Haushalt und Finanzen – Millionärssteuer statt Schuldenbremse**
- 16. Deine Stimme gegen Wohnungsnot, Armut und Krieg**

1. Präambel

Superreiche spekulieren auf die Steuermilliarden, die in die Aufrüstung fließen und per Sozialabbau und Privatisierung der Daseinsvorsorge entzogen werden. Nato-Kriege sind also nicht nur Fluchtursache, sondern auch ein Angriff auf das grundgesetzlich verbriefte Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden und die Würde des Menschen. Weil mehr Frieden also auch weniger Flüchtlinge bedeutet, heißt konsequente Willkommenskultur auch Abschied von der NATO.

Wer stärkere Städte und Dörfer will, wer bessere Straßen, Kitas, Krankenhäuser, Jugendzentren, mehr Kultur- und Sozialeinrichtungen braucht, muss mehr Menschen gegen den Krieg mobilisieren; und zwar aus wohlverstandenen Eigeninteresse: GewerkschafterInnen, Klein- und MittelunternehmerInnen, Arbeitssuchende, SchülerInnen und Studierende. Sie alle sind Opfer der Nato-Kriege, in Syrien und Afghanistan Opfer von Bomben, in Deutschland Opfer der sozialen Verelendung.

Das Finanzkapital räumt Handelsbarrieren beiseite und jagt seine Bombengeschwader über Ländergrenzen, weil es um Superprofite geht, Nato und TTIP sind zwei Seiten einer Medaille, die wir Imperialismus nennen.

Wer mit Sorge sieht, was durch Kriege zerstört wird, muss mit der LINKEN zusammenarbeiten. Und DIE LINKE. ist auch bereit zur Zusammenarbeit. Insbesondere auf der kommunalen Ebene. Wer mit Sorge sieht, wie die Euro-Krise, wie der Euro und die EU von einer Krise in die nächste fallen, muss mit uns gegen Bankenmacht und Großspekulation kämpfen.

Wir wollen auf der Ebene von Städten und Dörfern neue Bündnisse gegen den Krieg und seine Profiteure durchsetzen. Menschen, die zur Kommunalwahl gerufen werden, sollen wissen: ihre Stimmabgabe für DIE LINKE. ist eine Stimmabgabe gegen Nato und Krieg. Wir wollen, dass Städte und Dörfer selbstbewusst ein neues Label einführen:

„Friedensgemeinde / Anti-Kriegsgemeinde“

Auf dieser Grundlage wollen wir mit parteilosen und anderen demokratischen Fraktionen und

Kommunalvertretern sowie mit der außerparlamentarischen Friedensbewegung eine neue Zusammenarbeit zur Stärkung unserer Gemeindevertretungen und gegen Krieg und Bankenmacht erreichen.

2. Für eine Politikwechsel – Die Region Hannover für die Menschen und nicht für den Profit

DIE LINKE. ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit: Wir arbeiten für das Ziel einer sozial gerechten, friedlichen, demokratischen und ökologischen Gesellschaft.

Kommunalpolitik ist die Basis jeglicher Politik. Hier erleben die Menschen Politik direkt vor Ort und die dort handelnden Personen. Kommunalpolitik ist aber gleichzeitig in die Zwänge und Rahmenbedingungen von Europa-, Bundes- und Landespolitik eingebunden. Insbesondere durch gesetzliche Vorgaben von Bund und Ländern wird der finanzielle Handlungsspielraum der Kommunen stark eingeschränkt. DIE LINKE versucht auf allen Ebenen die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen und damit die unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen zu verbessern.

Seit 2001 ist DIE LINKE in den Kommunalparlamenten in der Region vertreten: in der Regionsversammlung, dem Rat der Landeshauptstadt Hannover, etlichen Stadt- und Gemeinderäten in der Region Hannover sowie in diversen Orts- und Bezirksräten. Der Einsatz für soziale und ökologische Themen, für eine BürgerInnenbeteiligung, die diesen Namen auch verdient und für Transparenz in der Kommunalpolitik, das sind die sichtbaren Markenzeichen linker Politik in der Region. Darauf wollen wir aufbauen. Wir wollen die Region Hannover für die Menschen und mit den Menschen gestalten. Die herrschende Politik in den Städten und Gemeinden und in der Region Hannover selbst hat in den vergangenen Jahren eher die Reichen begünstigt. SPD, Grüne und die CDU nehmen die immer tiefer voranschreitende soziale Spaltung der Region Hannover bewusst in Kauf. Die Region Hannover ist heute weiter denn je von sozialer Gerechtigkeit entfernt.

Ein Ausbau der sozialen, demokratischen und ökologischen Standards ist nur möglich, wenn man Reichtum massiv besteuert. Eine soziale, menschenfreundliche und demokratische Politik braucht einen Politikwechsel in der Europäischen Union, in Deutschland und eben auch in der Region Hannover.

DIE LINKE ist 100 Prozent sozial, ob beim Mindestlohn, beim Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse oder bei der Rentenreform. DIE LINKE. ist die Partei, die die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft vertritt. Die Region Hannover könnte allen Menschen eine gesicherte, lebenswerte Zukunft bieten. Heute ist die Region Hannover eine reiche Region in Deutschland, der Reichtum ist aber sehr ungerecht verteilt.

Armut hat viele Gesichter: Die Verdrängung aus aufgewerteten Stadtteilen, weil die Mieten nicht mehr bezahlbar sind. Die Ausgrenzung aus dem sozialen und kulturellen Leben, weil das Geld dafür nicht mehr reicht oder deutlich schlechtere Chancen im Bereich der Bildung und der Gesundheit für arme Menschen.

DIE LINKE. will eine Gerechtigkeitswende. Durch existenzsichernden Mindestlohn, das Verbot prekärer Beschäftigung sowie auskömmliche Löhne, Renten und Sozialleistungen.

Mit der Region Hannover und in der Region Hannover darf es nur gute Arbeit geben, die nicht befristet und nicht prekär dafür aber sozialversicherungspflichtig und tarifvertraglich abgesichert ist.

In der Region Hannover leben viele Menschen mit Migrationshintergrund. In den kommenden Monaten kommen viele neue dazu. Flüchtlinge und finanziell schlecht gestellte Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Region Hannover ist eine Region der Einwanderung. Dies stellt uns vor neue Herausforderungen, die wir nur durch eine solidarische Praxis bewältigen können.

Wohnen ist ein Menschenrecht, Wohnen muss bezahlbar sein. Die Wohnungsnot steigt, der Bestand an Sozialwohnungen nimmt weiter ab, die Mieten explodieren. Der soziale Wohnungsbau wird vom hochpreisigen Wohnungsbau abgehängt. DIE LINKE setzt auf große, bedarfsgerechte öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbaubestände mit niedrigen Mieten. Dazu fordert sie von den Städten und Gemeinden und von der Region selbst ein Wohnungsbauprogramm von mindestens 200 Millionen Euro jährlich.

Öffentlich ist wichtig für die Menschen. Öffentlich statt privat: Ob Schule, Hochschule oder Rathaus – unter dem Vorwand „Es ist kein Geld da!“ werden die Leistungen gekürzt und öffentliche Güter privatisiert. Soziale Gerechtigkeit, eine Bildung für die Zukunft, Hortplätze statt Aufbewahrungsanstalten in der „verlässlichen“ Grundschule, eine lebenswerte Region Hannover für alle, das alles gibt es nicht zum Nulltarif. Nur die Reichen in der Region Hannover können sich eine arme Region leisten. Es braucht mehr

Personal und Mittel für öffentliche Aufgaben, wie zum Beispiel für die Kitabetreuung, die Pflegedienstleistungen und die Versorgung mit Kinderhorten.

Demokratie muss gelebt werden. DIE LINKE wird Transparenz in die Entscheidungen der Kommunen bringen. Wie beim Ihmezentrum, dem Bäderkonzept, den ÖPP-Konzepten oder bei der Gesundheitsversorgung in der Region. Mit uns wird es keine Privatisierungen geben. Wir wollen verbindliche Bürgerentscheide, wir wollen die Haushaltsmittel für die Bezirks- und Ortsräte deutlich erhöhen. DIE LINKE setzt auf die gelebte Demokratie der BürgerInnen in der Region Hannover!

Die Region Hannover darf kein Platz für Nazis und Rassisten sein. Auch den alltäglichen Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft bekämpft DIE LINKE.. Der Staat darf nicht wegschauen. Faschistische Organisationen müssen verboten werden.

Die Region Hannover sagt Nein zu TTIP, CETA und TISA! Die sog. „Frei“handelsabkommen TTIP, CETA und TISA mit ihren privaten Schiedsgerichten würden den Kommunen die Möglichkeit nehmen, sich aktiv für eine kommunale Daseinsvorsorge einzusetzen. Die Region Hannover soll sich zusammen mit den anderen Kommunen und Kommunalen Spitzenverbänden eindeutig gegen TTIP, CETA und TISA positionieren.

Dafür kämpft DIE LINKE. Die Umwelt schützen, wir haben nur diese eine Welt. Der Klimawandel schreitet fort. Die Politik wartet ab. Die Umwelt in der Region muss lebenswert bleiben.

Fluchtursachen bekämpfen, Kriege beenden. Die EU, die NATO und die USA verbreiten Chaos und Krieg in der Welt. Der Terror des „IS“ ist erst durch die Unterstützung und Finanzierung durch die Türkei, Saudi-Arabien, Katar sowie andere Freunde der NATO und der USA möglich geworden. Als Folge dieser Politik sind mehr als 60 Millionen Menschen – mehr also als nach dem zweiten Weltkrieg – aus Angst vor Tod, Hunger, Elend und Perspektivlosigkeit auf der Flucht.

Wir unterstützen lokale Initiativen, die sich zum Beispiel durch Blockaden gegen Abschiebungen wehren, so bereits seit fast zwei Jahren für das Bleiberecht etwa der sudanesischen Flüchtlinge am Weißkreuzplatz in Hannover. Kein Mensch ist illegal!

Die Region Hannover soll den Bund und das Land Niedersachsen auffordern, die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung vollständig zu übernehmen und die Gelder bereitzustellen, die für eine menschenwürdige Unterbringung, gesellschaftliche Partizipation und soziale Teilhabe aller Flüchtenden nötig sind. Ein besseres Leben für Geflüchtete und Nicht-Flüchtlinge sowie der Ausbau kommunaler Infrastruktur, soziale Investitionen und Kultur-/Sportförderung sind kein Widerspruch. Wer Flüchtende und finanziell schlecht gestellte Menschen gegeneinander ausspielen will, trifft auf massiven Widerstand der LINKEN!

Ohne Frieden ist alles nichts. DIE LINKE ist die Friedenspartei. Wir sind gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und lehnen Waffenexporte grundsätzlich ab. Auch in der Region Hannover findet das Geschäft mit dem Tod und die Vorbereitung von Kriegen statt. Der Fliegerhorst Wunstorf ist das Drehkreuz zur logistischen Ausrüstung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte gehen über die Straßen in der Region Hannover und über den Güterbahnhof Lehrte. Rüstungsforschung findet an den Universitäten Hannover statt, die Bundeswehr geht in Schulen ein und aus. Grund genug für DIE LINKE in der Region Hannover für eine umfassende Abrüstung einzutreten: Im Denken, im Handeln, in der Forschung und in der Produktion.

Es geht auch anders. Die soziale Spaltung der Gesellschaft ist politisch gewollt, sie kann und muss auch politisch beendet werden. Dazu bedarf es auf Bundes- und Landesebene neben einer neuen Steuerpolitik, die die Gewinner der bisherigen Politik zur Kasse bittet und der sofortigen Abschaffung von Schuldenbremse und Fiskalpakt. Nur so kann dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegengewirkt werden. Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge dürfen nicht nicht privatisiert, privatisierte Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen dagegen kommunalisiert werden. DIE LINKE wird Resolutionen zur finanziellen Besserausstattung der Kommunen in die Räte und die Regionsversammlung einbringen.

DIE LINKE setzt sich für einen wirklichen Politikwechsel ein. Gerade SPD und Grüne wollen die Agenda- und Sparpolitik fortsetzen. An solch einer Politik wird sich DIE LINKE. auf keinen Fall beteiligen!

DIE LINKE. steht nicht allein. Für eine soziale und menschliche Region Hannover werden bereits viele Menschen aktiv. DIE LINKE wirkt in den kommunalen Parlamenten in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, den Bewegungen und Initiativen.

DIE LINKE bringt Transparenz in die kommunalen Parlamente. Unser Nachhaken in den Parlamenten der Region Hannover und darüber hinaus hat Dinge ans Licht der Öffentlichkeit gezerzt, die sonst unter den Tisch gefallen wären – sei es die gescheiterte Asbestschlammverklappung aus Wunstorf, die Mauseleien bei den Abfallgebühren, die gegen Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen durchgepeitschte Verlagerung der Berufsschule BBS 6 von Hannover nach Burgdorf oder die radioaktive deHaen-Altlast in Hannover List.

Wir sind die Opposition gegen die Politik der Ungleichheit, der Ausbeutung der Umwelt und der Reichtumsvermehrung.

DIE LINKE strebt gesellschaftlichen Fortschritt an. Der Kapitalismus kann nicht das Ende der Geschichte sein. DIE LINKE ist die Partei des demokratischen Sozialismus!

DIE LINKE will einen Politikwechsel in der Region Hannover.

Deine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Wohnungsnot, Armut und Krieg!

3. Ohne Frieden ist alles nichts

Die Region Hannover ist Bestandteil eines Systems von Rüstungsforschung und Rüstungsindustrie. Die Region Hannover ist wichtiges Drehkreuz für den Transport von Rüstungsgütern. In Wunstorf werden über die dortige Luftwaffenbasis die deutschen Militäreinsätze logistisch ermöglicht. In der Region Hannover sind diverse Unternehmen an der Rüstungsproduktion beteiligt oder sind als Dienstleister für die Bundeswehr tätig.

An den Hochschulen in Hannover wird – offen oder verdeckt – Kriegs- und Rüstungsforschung betrieben. Zugleich wird in der Region Hannover durch die Bundeswehr für den Tod geworben. Jugendoffiziere und KarriereberaterInnen sind in Schulen und bei Ausbildungsmessen aktiv. In Schulen liegt für SchülerInnen vor dem Schulabschluss massenhaft Werbung für die Bundeswehr aus und die Arbeitsagentur beordert jugendliche Hartz IV-EmpfängerInnen ins Arbeitsamt, wo sie von OffizierInnen für die Bundeswehr geworben werden sollen.

Als Teil der Friedensbewegung kämpft DIE LINKE für ein Ende aller militärischen Gewalt und für ausschließlich zivile Konfliktlösungen. Wir lehnen Militärinterventionen grundsätzlich ab und engagieren uns für Abrüstung bis zur perspektivischen Abschaffung der NATO und der Bundeswehr. Anlässlich des 71. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus erinnert DIE LINKE: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Das Völkerrecht – nicht das Recht des Stärkeren – muss zur Geltung gebracht werden. Insbesondere für die Souveränität aller Staaten zu streiten.

Dazu gehört auch die Verwirklichung der sozialen Forderungen der UN-Charta: Gebührenfreie Bildung, weitreichende Gesundheitsversorgung, Zugang zu Erwerbsarbeit und Kultur für alle Menschen sowie die Überwindung der globalen Ungleichheit.

Diese Geschäfte mit dem Tod müssen ein Ende haben. Dazu wollen wir in der Region Hannover aktiv beitragen.

DIE LINKE unterstützt die Initiativen für den Stopp aller Waffenexporte. Durch die Region Hannover sollen keine Züge mehr mit Rüstungsgütern rollen. Rüstungsproduktion muss auf zivile Produktion umgestellt werden. Das Gleiche gilt für den Bereich der Forschung.

DIE LINKE fordert auf Bundes- und Landesebene:

- Die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Den sofortigen Stopp aller Waffenexporte
- Die Einführung einer Zivilklausel für alle Hochschulen
- Alle Auftritte von Jugendoffizieren, Wehrdienstberatern und anderen Angehörigen der Bundeswehr an Schulen, in Arbeitsagenturen oder bei Ausbildungsmessen sind zu unterbinden
- Die Einführung von Friedenserziehung als eigenständiges projektorientiertes Schulfach an allen Schulen.

DIE LINKE fordert für die Region Hannover:

- Der Militärflughafen Wunstorf soll lediglich für humanitäre und zivile Einsätze genutzt werden
- Keine Wirtschaftsförderung für Betriebe die der militärischen Forschung oder Produktion dienen

- Friedensbezogene Aktivitäten wie zum Beispiel Geschichtswerkstätten und kritische Erinnerungskultur sowie alternative Stadtrundgänge sollen durch die Region Hannover und die Städte und Gemeinden gefördert werden
- Die Ausweitung der Städtepartnerschaften, insbesondere der mit Hiroshima und mehr Mittel für den Schüler- und Jugendaustausch
- Die Benennung einer Straße in Wunstorf nach der spanischen Stadt Guernica, die von der Luftwaffe des faschistischen Deutschlands von Wunstorf aus zerstört wurde.

4. Soziale Region Hannover

In der sozialen Region Hannover sollen alle BürgerInnen unabhängig von ihrem Einkommen am sozialen, kulturellen und öffentlichen Leben teilhaben können, egal was sie verdienen. Grundbedürfnisse wie Wohnen, Gesundheitsvorsorge, Mobilität und Kultur müssen für alle gesichert sein - das ist öffentliche Aufgabe. In einer sozialen Region richten sich die Planung und die städtische Infrastruktur nach den Bedürfnissen und der Lebenssituation derjenigen, die nicht über große private Vermögen oder hohe Einkommen verfügen. Zum Leitbild einer sozialen Region gehört, dass Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sind und dass Stadtentwicklung demokratisch gesteuert wird. Die soziale Region Hannover gehört allen und muss für alle da sein. Diese Grundsätze werden aktuell in der Region Hannover infrage gestellt. Während stadt- und regionsweit vor allem in den Ausbau von teurem Wohnraum und teuren Büroflächen investiert wird steht denjenigen, die in den Stadtteilen für den sozialen Zusammenhalt und für die Lebenschancen aller kämpfen, das Wasser bis zum Hals. Chancen für mehr bezahlbaren Wohnraum, eine hochwertige Gesundheitsversorgung, mehr Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand werden von der rot-grünen Mehrheit in der Region Hannover und in der Landeshauptstadt selber verhindert. Mieten, Energie und andere Gebühren werden immer teurer. Gegen Energieunternehmen, die Energie und Wasser sperren, gegen Wohnungsspekulanten, die Wohnraum verkommen lassen, gegen Investoren, die Stadtteile so umbauen wollen, dass für die dort ansässigen BewohnerInnen kein Platz mehr ist, gegen die JobCenter, die mit immer mehr Sanktionen gegen Arbeitslose vorgehen, gegen all das setzen wir uns zur Wehr.

4.1 Wohnen für alle, nicht Profite für wenige

Wohnen ist ein existenzielles Grundrecht. Daher können Wohnungen grundsätzlich nicht auf dem Markt frei gehandelt werden. Obwohl dringend bezahlbarer Wohnraum benötigt wird, stürzen sich Investoren auf den Bau von teuren, für die meisten BürgerInnen nicht bezahlbaren Eigentums- und Mietwohnungen. Es zählen nicht die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung sondern die Interessen von Investoren, Spekulanten und Miethaien. SPD und Grüne in der Stadt Hannover haben bis heute keine wirkungsvollen Wohnungsbauprogramme zur Schaffung günstigen Wohnraumes aufgelegt. Im Gegenteil, sie unterstützen konsequent die Profitinteressen der Immobilienbranche. SPD und Grüne in Stadt und Region Hannover ergreifen keine Maßnahmen um das soziale Problem Wohnungsnot zu lösen.

Sie konzentrieren sich konsequent auf die Durchsetzung von Bauvorhaben für Reiche. Sowohl in der geplanten Wasserstadt in Limmer, beim Bauvorhaben am Klagesmarkt als auch bei der Bebauung des Steintorvorplatzes oder beim Ihmezentrum.

Langfristig führt diese Politik dazu, dass es sich nur noch gut verdienende Bevölkerungsschichten leisten können in der Stadt Hannover zu wohnen. **In der Region Hannover fehlen bis zum Jahr 2020 mindestens 21.000 bezahlbare Wohnungen.**

4.1.1 Für eine alternative, gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik

DIE LINKE fordert eine Umorientierung der Wohnungspolitik, die in an den realen Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Deshalb müssen Wohnungen und dazugehörige Mieten dem kapitalistischen Verwertungsinteresse entzogen werden. Zu aller erst bedeutet das, dass die städtischen Wohnungsbaunternehmen (in Hannover die GBH und in der Region die KSG) und die in der Region bestehenden Wohnungsgenossenschaften umgehend in die Lage versetzt werden

müssen, den Wohnungsbau massiv anzukurbeln.

DIE LINKE. fordert deshalb:

- Ein jährliches Wohnungsbauprogramm von 200 Millionen Euro in der Region Hannover in den nächsten fünf Jahren. Finanziert werden soll dieses Programm von der Stadt Hannover, der Region Hannover, der KSG, der GBH sowie mit Mitteln des Bundes und des Landes Niedersachsen.
- Für ein Wohnungsbauprogramm ist von den Kommunen in der Region Hannover Bauland zur Verfügung zu stellen. Kosten – und flächensparendes Bauen muss Bestandteil des Wohnungsbauprogramms sein.
- Bei allen Bauvorhaben in der Region Hannover ist ein Mindestanteil an Sozialwohnungen von 50 Prozent zu gewährleisten. Neue Sozialwohnungen müssen überall entstehen, auch in den Stadtvierteln und Gemeinden mit reicher Bevölkerung.
- Die Befristung der „Sozialbindung“ ist abzuschaffen. Die Mietpreisbindung gilt grundsätzlich immer. So wird gewährleistet, dass es auch langfristig günstigen Wohnraum gibt.
- Auslaufende Mietpreis- und Belegungsbindungen müssen verlängert beziehungsweise zurückgekauft werden.
- Überschüsse der städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden für den Neubau von Sozialwohnungen und den Aufkauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen verwendet. Gleiches gilt für Wohnungsbaugenossenschaften, wenn sie durch staatliche Mittel gefördert werden.
- Erhalt und Erweiterung von öffentlichem Wohneigentum, um zukünftig wieder vermehrt bezahlbaren Wohnraum für ärmere Bevölkerungsschichten zu schaffen.
- Der Neubau von Wohnungen hat sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. Es muss auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von benachteiligten Bevölkerungsgruppen eingegangen werden.
- Unterstützung der Initiative des Bezirkrates Linden-Limmer „Linden zum Weltkulturerbe erklären“. Damit soll der Bestand an billigem Wohnraum unterstützt durch Milieuschutzsatzung und Erhaltungssatzung erhalten beziehungsweise wieder hergestellt werden.
- Ebenfalls muss die Mieterselbsthilfe gestärkt werden! Durch Kommunikation zwischen Bewohnern und Vermietern in denkmalgeschützten Gebäuden und solchen, die das Stadtbild prägen, soll erreicht werden, dass die Mieter die Innenraum-Raumdämmung selbst durchführen!

4.1.2 Neugestaltung der Grundstückspolitik

DIE LINKE. fordert:

- Städte und Gemeinden in der Region verkaufen keine Grundstücke mehr, es ist eine Vergabe im Erbbaurecht an gemeinnützige oder städtische Wohnungsunternehmen oder an Wohnungsgenossenschaften zu gewährleisten.
- DIE LINKE. unterstützt die Forderungen des Deutschen MieterInnenbundes nach einer Bodensteuer, mit der alle Grundstücke besteuert werden sollen.

4.1.3 Stärkung von Rechten der MieterInnenInnen

DIE LINKE. fordert:

- Die Mieten haben sich an den wirklichen Lebens- und Einkommensverhältnissen der unteren und mittleren Einkommensschichten und an den Erstellungs- und Erhaltungskosten zu orientieren.
- Mietpreisfestsetzungen haben sich nicht nach Profitinteressen auszurichten. Die Miete darf aufgrund eines MieterInnenwechsels nicht erhöht werden.
- Der Mietspiegel der Region Hannover bedarf dringend einer Überarbeitung. Erforderlich ist, dass in der regelmäßig durchgeführten Erhebung auch die unverändert gebliebenen Mieten und die öffentlich geförderten Wohnungen in die Erhebung mit einfließen, damit das durchschnittliche Mietniveau aller Haushalte ermittelt werden kann.
- Die Miete ist bei den kommunalen Wohnungsunternehmen und in öffentlich geförderten

Wohnungen für die kommenden Jahre nicht zu erhöhen

- Mieten sollen bei den kommunalen Wohnungsunternehmen und in öffentlich geförderten Wohnungen nur nach mit den MieterInnen vereinbarten Wohnraumverbesserungsmaßnahmen steigen dürfen
- Kürzungen der Unterkunftszuschüsse für Hartz IV-Betroffene haben nicht zu erfolgen
- Die Mietobergrenzen sind ohne Verzug drastisch zu erhöhen
- Zwangsumzüge und Zwangsräumungen sind ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Wohnen und sind deshalb sofort zu unterlassen.
- Kosten die Hartz IV-Empfängern durch Zwangsumzüge in den letzten Jahren entstanden sind, sind umgehend zurückzuzahlen.
- Mietwohnungen dürfen nicht in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Besonders in den Stadtteilen, in denen die BewohnerInnen von Verdrängung bedroht sind. Hier müssen durch flächendeckende Erhaltungs- und Milieuschutzsatzungen die BewohnerInnen geschützt werden.

4.1.4 Belastung durch energetische Sanierung begrenzen

DIE LINKE. fordert:

- Die energetische Sanierung muss in der Ökobilanz positiv ausfallen und darf nicht zulasten der MieterInnenInnen gehen. Wärmedämmung erhöht den Wert des betreffenden Objektes und muss dem entsprechend durch den Eigentümer bezahlt werden. Nach baulichen Eingriffen dürfen die Miete und die Energiekosten keinesfalls höher als vorher sein.

4.1.5 Leerstand vermeiden, Wohnraum schaffen

- Die steuerliche Absetzbarkeit von Leerständen ist abzuschaffen
- Es dürfen keine Flächen für Büroneubau mehr eingesetzt werden, sofern die geschaffenen Büroflächen nicht einem produzierenden Gewerbe zuzuordnen sind
- Die Umwandlung leerstehender Büroflächen in Wohnraum muss geprüft werden. Ihre Umwandlung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss notfalls erzwungen werden, auch durch Enteignung als Mittel zur Beseitigung von Wohnungsnotstand.
- Leerstand, Zweckentfremdung oder das Verkommenlassen von Wohnraum ist streng zu bestrafen
- Die im Grundgesetz verankerte Bestimmung, nach welcher Eigentum verpflichtet und dem Allgemeinwohl dienen soll hat sich dem entsprechend auch im konsequenten Vorgehen der Behörden niederschlagen, auch in Form von Zwangsbelegungen und Enteignungen.
- Ebenfalls muss die Mieterselbsthilfe gestärkt werden! Durch Kommunikation zwischen Bewohnern und Vermietern in denkmalgeschützten Gebäuden und solchen, die das Stadtbild prägen, soll erreicht werden, dass die Mieter die Innenraum-Raumdämmung selbst durchführen. Dabei dürfen keine gewerkschaftlichen Standards oder Verbraucherschutzregelungen unterlaufen werden.

4.1.6 Stadtplanung von unten

DIE LINKE. fordert...

...eine wirkliche Diskussion mit den BürgerInnen über die Gestaltung der Städte und Gemeinden unserer Region. Scheinveranstaltungen wie vom OB der Stadt Hannover, Schostock, lehnen wir ab. Wie hoch soll gebaut werden? Wie dicht soll gebaut werden? Wie soll der Verkehr gestaltet werden? Welche soziale Infrastruktur brauchen wir? Wie viele Grünflächen soll es geben? Das sind Fragen die ergebnisoffen gemeinsam zu diskutieren sind. Ergebnisse dieser Bürgerbeteiligung sind für die Städte und Gemeinden zwingend in die Planungen aufzunehmen.

4.2 Die Region Hannover muss sozialer werden – Weg mit Hartz IV

4.2.1 Prekäre Arbeits – und Lebensverhältnisse bekämpfen

Hartz IV unterwirft immer mehr Menschen. Sie sind Sanktionen der JobCenter ausgesetzt, sind gezwungen schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen und werden in Ein-Euro-Jobs gedrängt. Es steigt die Zahl derjenigen, die vom sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden.

4.2.2 Hartz IV ist Armut per Gesetz

Während die Reichen immer reicher werden, werden Hartz IV-EmpfängerInnen von der Teilhabe in der Gesellschaft weitestgehend ausgeschlossen. Hartz IV hat nicht zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit geführt. Hartz IV bedeutet Entrechtung, Entwürdigung und Willkür der Jobcenter. Hartz IV ist ein Disziplinierungsinstrument der Herrschenden. Es wird dazu genutzt um mehr Niedriglohnjobs durchzusetzen und die arbeitenden Menschen über Angst und Schrecken vor sozialem Abstieg zu noch mehr Arbeitsdisziplin, Leistung und Anpassung zu zwingen. DIE LINKE fordert die Abschaffung aller Sanktionen gegen Hartz IV-Betroffene. Hartz IV bedeutet Lohndumping und Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, DIE LINKE fordert die perspektivische Abschaffung aller Hartz IV Gesetze, das kann allerdings nur auf Bundesebene geschehen, trotzdem kann und muss die Politik in der Region Hannover den entsprechenden Druck auf die Landesregierung ausüben, damit diese ihren Teil dazu beiträgt, diese unsäglichen Gesetze abzuschaffen.

DIE LINKE. fordert fordert von der Region Hannover als gleichberechtigter Partner der Bundesagentur für Arbeit in den Jobcentern der Region Hannover:

- Einstellung der Sanktionen des JobCenters gegenüber den BezieherInnen von Hartz IV
- Eine drastische Personalaufstockung im JobCenter, um die Arbeitsbelastung der dort Beschäftigten zu reduzieren.
- Entfristung befristeter Arbeitsverträge bei JobCentern.
- Bei Anträgen auf Aufstockung geringer Einkommen kontrolliert das JobCenter, ob tarifliche Bezahlung, zumindest aber der gesetzliche Mindestlohn gewährleistet ist
- Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen nur an Träger, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen und deren Lehrkräfte in einem sozialversicherungspflichtigen Angestelltenverhältnis beschäftigt werden.
- Einen Ombudsmann für Hartz IV-Betroffene
- Eine mindestens zweiköpfige Vertretung der Erwerbslosen im Verwaltungsrat der Jobcenter.
- Finanzielle Förderung von Arbeitslosenselbsthilfegruppen

4.3 HannoverAktivPass erweitern

Um die Mobilität und die soziokulturelle Teilhabe der von Armut Betroffenen in der Region Hannover zu ermöglichen und zu erweitern, ist der Kreis der Benutzer des HannoverAktivPasses zu vergrößern. Menschen mit einem Netto-Einkommen bis 1100 Euro, aus der ganzen Region sollen berechtigt sein, den HannoverAktivPass zu nutzen. Der Besitz dieses Passes soll zum Besuch öffentlicher Museen, Theater, andere kultureller Einrichtungen und Schwimmbäder für einen Euro berechtigen.

DIE LINKE. fordert zudem:

- Sicherung, Stärkung und Ausbau der sozialen Einrichtungen und Anlaufstellen. Das gilt besonders für Rechts- und Sozialberatungsstellen sowie für die Schuldnerberatungen. Die Mittel für Weiterbildungsmaßnahmen in diesen Einrichtungen sind zu erhöhen.
- Einen Sozialtarif für Energie und Wasser für die InhaberInnen des HannoverAktivPasses

4.4 Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen

Immer mehr Menschen in der Region Hannover sind von Obdachlosigkeit betroffen.

In letzter Zeit geraten nicht nur Einzelpersonen in die Obdach- und Wohnungslosigkeit, sondern vermehrt ganze Familien. Durch die Unterbringung der zahlreichen AsylbewerberInnen wird sich die Wohnungsnot,

wenn nicht umgehend gehandelt wird, dramatisch verschärfen.

Obdachlosigkeit kann nur dann bekämpft werden, wenn auch tatsächlich genügend Wohnraum zur Verfügung steht.

DIE LINKE. fordert:

- Bau und Ausbau dezentraler, kleinerer Notunterkünfte für die verschiedenen Zielgruppen, insbesondere für Familien mit Kindern, Frauen und jungen Menschen.
- Die Städte und Gemeinden in der Region Hannover müssen schnell und kurzfristig mehr Wohnungen zur Anmietung für Obdach- und Wohnungslose zur Verfügung stellen.
- Aufenthaltsangebote für Obdachlose sollen Tag und Nacht geöffnet sein
- Die derzeit bestehenden Beratungsangebote einer niedrigschwelligen, ganzheitlichen Beratung und Betreuung mit dem Schwerpunkt auf Sozial- und Schuldnerberatung sowie psychosoziale Hilfen sind auszubauen.

→ Siehe auch „Wohnen für alle und nicht Profit für wenige“

4.5 Energie und Wasserversorgung sind Menschenrecht

Eine Versorgung mit Energie und Wasser gehört zu den Menschenrechten und zur öffentlichen Grundversorgung.

DIE LINKE fordert:

- Verbot von Energie- und Wasserabsperungen und deren Androhung
- Streichung der Energie- und Wasserschulden der Haushalte
- Bereitstellung einer kostenlosen Grundversorgung mit Wasser und Energie für alle Menschen
- EmpfängerInnen von Hartz IV, Grundsicherung, Wohngeld und bis zu 1100 Euro Nettogehalt soll der Kauf von energieeffizienten Neugeräten durch die jeweiligen Stellen finanziert werden.

4.6 Gesundheit ist keine Ware

Ob SPD und Grüne oder CDU und FDP: Die anderen Parteien in der Regionsversammlung versuchen seit Jahren, das Klinikum der Region mit seinen noch elf Krankenhäusern in Hannover und im Umland durch Kostendrückerei auf dem Rücken von Beschäftigten und Patienten zu sanieren – mit nachhaltigem Misserfolg.

4.6.1 Gescheiterte Strategie: Kostendrückerei auf dem Rücken von Beschäftigten und Patienten

Obwohl die Beschäftigten schon in der Vergangenheit viele Jahre auf Lohn verzichtet hatten, verschlechterte sich die finanzielle Lage des Klinikums weiter. Davon unbeeindruckt, beschloss die Regionsversammlung gegen die Stimme der LINKEN vor zweieinhalb Jahren den Abbau von 400 Vollzeitstellen. Obwohl schon damals viele Beschäftigte, etwa in der Pflege, am Limit arbeiteten. Die Versorgung der Patientinnen und Patienten war schon damals vielfach auf das Notwendigste beschränkt. Trotzdem beschlossen die PolitikerInnen zusätzlich, die Versorgung der Patientinnen und Patienten weiter zu verschlechtern und sie früher als medizinisch anzuraten wieder nach Hause zu schicken. Für DIE LINKE ist das unverantwortlich.

Nun sollte alles gut werden. Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) verbreitete Optimismus. Das Klinikum der Region sei durch die Kürzungen gut aufgestellt, meinte er. Das Gegenteil trat ein. Kurz nach der Regionspräsidentenwahl vor zwei Jahren ließ der wiedergewählte SPD-Regionspräsident dann die Katze aus dem Sack: Schließung der Kliniken in Großburgwedel, Lehrte und Springe. So vom Aufsichtsrat des Klinikums und von SPD und Grünen in der Regionsversammlung gegen die Stimme der LINKEN Ende 2014 beschlossen. Dieser Beschluss erging, ohne die betroffenen Städte und Beschäftigten nennenswert einzubinden. Das Krankenhaus in Großburgwedel schreibt schwarze Zahlen. Das Krankenhaus in Lehrte macht zwar Miese, aber mit abnehmender Tendenz.

4.6.2 Geld für Rettung ist genug da

Das Krankenhaus in Springe wurde mittlerweile geschlossen und auf eine Notfallversorgung eingedampft. Das hätte nicht sein müssen, denn die Region hatte in den vergangenen Jahren immer wieder Haushaltsüberschüsse von mehr als 50 Millionen Euro erzielt. Der Haushaltsüberschuss der Behörde ist mit dem Gewinn eines Unternehmens vergleichbar. DIE LINKE in der Regionsversammlung hatte immer wieder vergeblich dafür gestritten, einen Teil dieser Gewinne zu verwenden, um das Klinikum der Region zu entschulden und damit die drohenden Schließungen abzuwenden. Dann wäre wertvolle Zeit gewonnen worden, um zusammen mit den Beschäftigten und den Städten und Gemeinden ein tragfähiges Zukunftskonzept zu entwickeln.

4.6.3 Krankenhaus-Neubau im Osten der Region ist unausgegorene Beruhigungspille

Als Ersatz fürs Dichtmachen der Krankenhäuser in Lehrte und Großburgwedel plädiert die Klinikumsgeschäftsführung für den Neubau eines Krankenhauses irgendwo im östlichen Regionsgebiet. Diese Position vertraten lange Zeit auch SPD und Grüne in der Regionsversammlung. Bisher geht die Geschäftsführung für den Neubau von Investitionskosten von 200 Millionen Euro aus. Selbst wenn das Land maximal 50 Prozent dieser Kosten übernimmt, muss das Klinikum noch 100 Millionen Euro plus Zinsen und Tilgung aufbringen. Wenn das Klinikum dieses Geld günstig bekommt – bei drei oder vier Prozent Zinsen und einer jährlichen Schuldentilgung von zwei oder drei Prozent – ergibt sich eine finanzielle Belastung von sieben Prozent im Jahr. Bei 100 Millionen Euro Investitionskosten, die beim Klinikum verbleiben, müssen dann sieben Millionen Euro pro Jahr eingespart werden, um den Neubau zu bezahlen.

4.6.4 Neubau wird nur durch massiven Personalabbau zu bezahlen sein

Der Neubau wird nach Angaben von Insidern nur durch viel Personalabbau hinzubekommen sein und damit noch mehr Arbeitsverdichtung für die verbleibenden Beschäftigten. Denn die Kosten im Krankenhausbetrieb bestehen zu 70 Prozent aus Personalkosten. Außerdem werden die Kosten bei solchen Projekten erfahrungsgemäß immer deutlich überschritten. Ein Beispiel ist die Kostenexplosion beim Neubau des Siloah-Krankenhauses in Hannover. Hinzu kommen Einnahmeausfälle. Viele Patientinnen und Patienten, die bisher ins Krankenhaus nach Großburgwedel gegangen sind, werden nach Hannover in den Friederikenstift, ins Clementinenhaus oder in die Paracelsus-Klinik nach Langenhagen fahren und nicht in den Neubau im Osten der Region. Zu glauben, man könne die Geldprobleme des Klinikums mit einem Neubau in den Griff bekommen, ist nach Auffassung der LINKEN grober Unfug.

4.6.5 Die Kommunalwahl naht: SPD will angeblich Häuser in Lehrte und Großburgwedel erhalten

Obwohl die SPD zusammen mit den Grünen Ende 2014 das Plattmachen der beiden Krankenhäuser beschlossen hatte, will sie die Häuser in Lehrte und Großburgwedel nun angeblich erhalten und ausbauen. Man darf gespannt sein, inwieweit diese Position der SPD über den Tag der Kommunalwahl hinaus Bestand haben wird. Einen Antrag von LINKEN & Piraten in der Regionsversammlung, für den Ausbau der beiden Krankenhäuser die nötigen Planungsgelder zu geben, lehnten jedenfalls Ende Dezember vergangenen Jahres alle anderen Parteien in der Regionsversammlung ab. Diese Planungsgelder sind erforderlich, damit Architekten mit den vorbereitenden Tätigkeiten beginnen können. Dazu zählen die Erstellung eines Raum- und Funktionsprogramms, von Flächennutzungsplänen und anderes, was ein bis zwei Jahre dauert. Diese vorbereitenden Tätigkeiten sind die Voraussetzung dafür, dass das Land die erforderlichen Aus- und Umbauten der beiden Krankenhäuser finanziell fördert. Warum die SPD nicht dem Antrag von LINKEN & Piraten zugestimmt hat, wenn diese Partei ihre Ankündigung ernst nimmt, bleibt ihr Geheimnis.

DIE LINKE fordert fürs Klinikum der Region:

- Die Region muss die Personalkürzungen zurücknehmen genauso wie die verschlechterte Patientenversorgung in Form einer kürzeren Verweildauer im Krankenhaus als medizinisch geboten.
- Der Krankenhausstandort in Springe ist im Sinne einer wohnortnahen medizinischen Versorgung

wiederzubeleben.

- Die Kliniken in Lehrte und Großburgwedel sind zu erhalten, zukunftsfest auszubauen und zu ertüchtigen. Einen Neubau auf der grünen Wiese lehnen wir ab, weil nur mit viel Personalabbau bezahlbar.
- Damit alles finanzierbar ist, muss die Region dem Klinikum kurz- und mittelfristig deutlich mehr Geld geben. Die Kasse der Region ist dafür gut gefüllt. Schließlich steht die medizinische Infrastruktur für die in der Landeshauptstadt und im Umland lebenden 1,2 Millionen Menschen auf dem Spiel.
- Langfristig müssen endlich Landes- und Bundesregierung ihren Verpflichtungen zur Finanzierung der Krankenhäuser in vollem Umfang nachkommen. Es ist ein Skandal, dass das Land Niedersachsen dem Klinikum der Region seit Jahren viel zu wenig Geld für überfällige Sanierungen und Investitionen gibt. Das muss sich ändern, und die in den vergangenen Jahren zu wenig gezahlten Gelder müssen rückerstattet werden. Regionspräsident Hauke Jagau muss dafür sein ganzes Gewicht bei Ministerpräsident Stephan Weil (beide SPD) immer wieder in die Waagschale werfen, was bisher noch nicht einmal ansatzweise passiert ist.
- Auch die sogenannten Fallpauschalen sind viel zu gering und müssen auf Bundesebene dringend neu ausgehandelt werden. Es handelt sich um das Geld, das die Kliniken von den Krankenkassen für die Behandlung der Patientinnen und Patienten bekommen. Diese Vergütungen variieren von Bundesland zu Bundesland und sind in Niedersachsen im bundesweiten Vergleich sehr niedrig.
- Ein regionales Krankenhauskonzept muss her, das die Krankenhäuser der Diakonischen Dienste, des Deutschen Roten Kreuzes und die Medizinische Hochschule in Hannover mit einbezieht. So ein Konzept ermöglicht Kooperationen mit den anderen Kliniken. Dann ist etwa der Ausbau eines regionseigenen Krankenhauses in Hannover nicht mehr erforderlich, weil ein Krankenhaus der Diakonie die fragliche Leistung erbringen kann. So könnte das Klinikum der Region viel Geld sparen.

4.7 Kinder-und Jugendpolitik

In der UN-Kinderrechtskonvention sind die Rechte der Kinder und Jugendlichen festgehalten. Das sind unter anderem: Das Recht auf Bildung und Ausbildung, auf Gesundheit, auf Teilhabe und Selbstbestimmung, auf freie Entfaltung sowie Fürsorge und Frieden. In unserer Gesellschaft werden Kinder und Jugendliche schon früh nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt. Als zukünftige Arbeitskräfte, als zukünftige Konsumenten und als Kostenfaktoren. Die geplante Abschaffung der Horte zu Gunsten der flächendeckenden Einführung der „verlässlichen“ Grundschule, wo die Kinder nach Schulschluss nicht mehr von ausgebildeten ErzieherInnen betreut werden, sondern von ehrenamtlich tätigen und in der Regel nicht fachpädagogisch ausgebildeten Kräften, lehnen wir in dieser Form ab.

DIE LINKE will außerschulische, schulische und berufliche Bildung so entwickeln, dass Kinder und Jugendliche aktiv die Gesellschaft gestalten und ihre Interessen eigenständig vertreten können.

DIE LINKE fordert:

- In der Jugendhilfe muss das Mitsprache-, Entscheidungs- und Gestaltungsrecht für die Jugendämter und für die Bezirks- und Ortsräte erhöht werden, denn hier weiß man am besten, wo welche Angebote benötigt werden.
- Die Gestaltung der Zukunft für die Kinder und Jugendlichen erfordert eine umfassende soziale Infrastruktur.
- Die Jugend- und Präventionsarbeit ist auszubauen
- Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind strikt abzulehnen, damit Abenteuer- und Bauspielplätze, Kinder- und Familienzentren, Jugendzentren, Beratungsstellen und andere außerschulische Einrichtungen erhalten bleiben oder ausgebaut werden können
- Jede Einrichtung muss mindestens mit zwei pädagogischen Vollzeitstellen ausgestattet sein, die
- Gelder für Tarifsteigerungen müssen in den Haushalten der Städte und Gemeinden in der Region Hannover bereit gestellt werden.
- Eine geschlossen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen wird abgelehnt

- Im KSD¹ und den Jugendämtern müssen Fallobergrenzen eingeführt werden. Laufen mehr Fälle auf, dann muss mehr Fachpersonal eingestellt werden.
- Freie Jugendamtsstellen sind sofort wieder zu besetzen. Dies soll in Kooperation mit den Gewerkschaften und Personalräten geschehen.
- In allen Städten und Gemeinden der Region Hannover müssen Gästewohnungen für obdachlose Jugendliche und junge Erwachsene eingerichtet werden.

Kinderarmut führt zu Ausgrenzung und der Abschneidung von Bildungschancen. Kinder- und Jugendarmut erzeugen Bildungsmangel, gesundheitliche Belastungen, Einschränkungen in der Mobilität und der Gestaltungsmöglichkeiten der Freizeit und neuerdings auch Mangelernährung. Kinderarmut zu bekämpfen und deren Ursachen zu beseitigen ist wichtige Aufgabe der Städte und Gemeinden in der Region Hannover. Im KSD und im Bereich der Jugendhilfe sind die dort arbeitenden Fachkräfte völlig überlastet. Als „Kindswohlfährdung“ gilt heute nur noch tödliche Bedrohung. Aufgrund ihrer Arbeitsüberlastung und des Drucks von Vorgesetzten von Gewalt betroffene Kinder möglichst nicht mehr aus ihrem familiären Umfeld heraus zu holen, können die betroffenen Mitarbeiter kaum noch im Sinne der betroffenen Kinder handeln. Die dort Beschäftigten haben zu wenig Zeit, sich angemessen und wirkungsvoll um die Ansprüche von Kindern und Jugendlichen zu kümmern.

→ Siehe auch Kapitel „Bildung ist keine Ware“

4.8 Seniorinnen und Senioren

Seniorinnen und Senioren In der Region Hannover sind mehr als 22 % der Bevölkerung im Alter ab 65 Jahre. Dieser Anteil wird in den kommenden Jahren stark zunehmen. Selbstbestimmung und Selbstständigkeit bis ins hohe Alter sind wesentliche Merkmale für eine solidarische Gesellschaft. Gesundheit, Bildungsstand, Herkunft, Einkommensverhältnisse und berufliche Erfahrungen sind die wesentlichen Einflüsse, die auch das Leben im Alter bestimmen. Krankheitsrisiken steigen mit zunehmendem Alter. Die Kosten werden in steigendem Maße auf ältere Kranke abgewälzt, so dass die materielle Basis dadurch zusätzlich erodiert. Auf Bundesebene fordert DIE LINKE eine erhebliche Anhebung des Rentenniveaus. Nur so wird sich Altersarmut als Massenerscheinung in den kommenden Jahren verhindern lassen. Mit der kapitalgedeckten Riesterrente verdienen Banken und Versicherungen. Das heutige Rentenniveau von 49 Prozent wird bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent abgesenkt. Langzeitarbeitslose erhalten aktuell pro Jahr 2,09 Euro Rente für ihre Rente angerechnet. MinijobberInnen haben derzeit pro Jahr einen Rentenanspruch von 3,11 Euro. Mit solchen Rentenansprüchen und einem sich immer weiter ausweitenden Niedriglohnsektor sowie der zunehmenden Befristung von Arbeitsverhältnissen ist die Altersarmut programmiert. DIE LINKE lehnt die Rente mit 67 ab. Aktuell schafft die überwiegende Mehrheit der Menschen nicht einmal die derzeitige Regelarbeitsgrenze von 65 Jahren. 2012 hatten gerade noch einmal von den 64-jährigen 14,2 Prozent eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Eine Grundforderung der LINKEN ist die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Arbeit, Einkommen und Vermögen müssen umverteilt werden, um einen guten Lebensstandard im Alter und nicht nur eine existenzsichernde Rente zu ermöglichen. Die Pflegeversicherung ist finanziell besser auszustatten und zu einer sozialen Pflegeversicherung zu entwickeln, in die alle solidarisch einzahlen. DIE LINKE fordert auf kommunaler Ebene:

- Um einer Vereinsamung Alleinlebender entgegenzuwirken, ist eine bessere Vernetzung vorhandener Strukturen von SeniorInnenorganisationen bzw. entsprechenden Verbänden, Treffpunkten in den Quartieren erforderlich. Die bestehenden Pflegestützpunkte und Pflegeeinrichtungen sind in diese Vernetzung mit einzubeziehen. Die Versorgung mit entsprechenden Angeboten ist zentral zu koordinieren und dezentral zu organisieren und anzubieten.
- Eine flächendeckende, bedarfsorientierte Palette altersgerechter Freizeitangebote ist zu entwickeln und vorzuhalten. Dazu gehören kulturelle, gesundheitsfördernde sowie geistig und körperlich aktivierende Angebote, die durch qualifiziertes Fachpersonal betreut werden.
- Die SeniorInnenbeiräte sind in den Städten und Gemeinden der Region Hannover allseitig in ihrer Arbeit zu unterstützen und es sind ihnen die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

¹Kommunaler Sozialdienst

- Bei der gesetzlich vorgesehenen Kontrolle der Alten- und Pflegeheime ist eine öffentliche Transparenz hinsichtlich der Qualität und der ermittelten Ergebnisse zu gewährleisten.
- Zu einer altersgerechten und familienfreundlichen Infrastruktur gehören Ruheinseln (z. B. Sitzbänke), ein Netz öffentlicher Toiletten, ausreichende Wegbeleuchtung, abgesenkte Bordsteine und ein barrierefreier öffentlicher Nahverkehr.
- Neue und bezahlbare Wohnkonzepte, z. B. Wohngruppen für alters- und behindertengerechtes Wohnen, müssen zum Bestandteil zukünftiger Wohnungsbauprogramme gehören. Ambulante Pflegedienste und hauswirtschaftliche Dienstleistungen müssen in bezahlbaren Wohnkonzepten eingebunden sein. Besonders Wohnkonzepte, die die Generationendurchmischung an einem Wohnort forcieren sollen gefördert werden.
- Aufgrund der Zunahme multimorbid erkrankter Pflegebedürftiger und dement erkrankter Menschen braucht die Region Hannover mehr und gut ausgebildetes Pflegepersonal für Heime und ambulante Dienstleister. Die Pflegeversicherung ist deshalb finanziell besser auszustatten und zu einer sozialen Pflegeversicherung zu entwickeln, in die alle solidarisch einzahlen.

4.9 Inklusion – sofortige Umsetzung der UN-Behindertenkonvention

Die Vereinten Nationen haben mit der Behindertenrechtskonvention als verbindliches Ziel festgehalten „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen zustehenden Würde zu fördern“. Von der Umsetzung dieses Ideals, hinsichtlich der Barrierefreiheit oder der Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, kann in der Region Hannover keine Rede sein. Auf Bundesebene fordert DIE LINKE ein Bundesteilhabegesetz, das bedarfsgerechte Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen gewährt. DIE LINKE unterstützt dabei die Forderungen der Betroffenenverbände.

DIE LINKE fordert:

- Bundes- und Landesregierung müssen endlich die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung der Inklusion und der Menschenrechte bereitstellen
- Diskriminierung muss rechtlich geahndet werden
- Unternehmen, die nicht mindestens einen Anteil von fünf Prozent behinderter Menschen in ihrer Belegschaft haben, sind zu bestrafen
- Es sind mehr reguläre Arbeitsplätze nach tariflichen Bedingungen für Menschen mit Behinderung zu schaffen.

4.9.1 Barrierefreiheit

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist zu verbessern. Dem Zugang zu ambulant medizinischer Versorgung stehen für Menschen mit Einschränkungen oder einer psychischen Erkrankung vielfältige Barrieren entgegen. Generell muss sich das Gesundheitssystem inklusiv öffnen!

DIE LINKE fordert:

- Jede Art von Hürden – seien es Treppen oder fehlende Gebärdensprachdolmetscher – müssen abgebaut werden.

4.9.2 Selbstbestimmtes Wohnen – daheim statt im Heim

Viele Menschen mit Einschränkungen können ihren Wohnort oder ihre Wohnform nicht frei wählen. Vielfach müssen sie deshalb gegen ihren erklärten Willen in stationären Einrichtungen leben. Hier erhalten sie ihre notwendigen Assistenz- und Unterstützungsleistungen sowie pflegerischen Leistungen in der Regel kostengünstiger als in der eigenen Wohnung. Noch viel zu viele Menschen werden stationär untergebracht obwohl sie durchaus in der Lage wären, ein eigenständiges Leben in einer Wohnung zu führen. Dabei ist die Steigerung der Lebensqualität durch Dezentralisierung und Formen des betreuten Wohnens unumstritten. Reiche leisten sich diese Lebensqualität in extra von ihnen bezahlten Wohnformen. DIE LINKE fordert eine

Ausweitung dieser Wohnformen auch auf die ärmeren Bevölkerungsteile und deren Finanzierung durch die Sozialversicherungsträger.

4.10 Kulturarbeit in den Quartieren stärken

Während die „Hochglanzkultur“ vor allem in der Landeshauptstadt mit einem hohen finanziellen Aufwand betrieben wird, ist die Lage in den allermeisten Kultureinrichtungen schlecht. Während für Events und Leuchtturmprojekte maßgeschneiderte Finanzierungen gefunden werden, kämpfen immer mehr Kultureinrichtungen in den Quartieren ums Überleben. In vielen Kultureinrichtungen in Stadt und Region hat die Selbstausbeutung der dort Tätigen bedrohliche Ausmaße angenommen. Personalabbau, unbezahlte Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit und eine völlige Überlastung der dort ehrenamtlich wirkenden Menschen ist zum Normalzustand geworden. Lebendige Stadtteilkultur, Kulturclubs- und Initiativen, die Freizeitheime und die unabhängigen Theater benötigen mehr finanzielle Mittel. So kann Demokratie, Teilhabe und Bildung konkret im Quartier stattfinden.

DIE LINKE. fordert:

- Die Förderung und Sanierung aller Freizeitheime und soziokultureller Zentren in der Stadt und Region Hannover
- Die freien und selbst organisierten Kulturbereiche sind durch zusätzliche finanzielle Förderung und durch unkomplizierte Bereitstellung entsprechender Flächen und Räume zu unterstützen.
- Für die kulturelle Teilhabe aller BürgerInnen sind die Mittel in den Quartieren auszuweiten.

4.11 Sport für alle

In Stadt und Region Hannover hat der Breitensport in den letzten Jahren mit immer mehr Problemen zu kämpfen. Die Politik in Stadt und Region muss Rahmenbedingungen schaffen, unter denen ein kostenloses Sporttreiben gewährleistet werden kann.

DIE LINKE. fordert:

- Eine Erhöhung der pauschalen Förderung des Regionssportbundes
- Die Sportstätten und Schwimmbäder sind zu restaurieren und auszubauen
- Es darf nicht zur Schließung von Sportstädten kommen
- Es ist die entsprechende Infrastruktur für Sport- und Schwimmunterricht im Rahmen der schulischen Ausbildung bereitzustellen
- In den kommenden Jahren müssen in die Sanierung maroder Sportstätten und notwendige Neubauten zusätzliche Mittel investiert werden, insbesondere auch, um diese Anlagen zukünftig behindertengerecht umzugestalten
- Es sind gezielte Sportförderprogramme für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und umzusetzen
- Vereinsbeiträge für alle Sport treibenden Erwerbslosen und Einkommensarmen sollen durch die Städte und Gemeinden in der Region Hannover übernommen werden.
- Den Erhalt, die Pflege und den Betrieb öffentlicher Sportstätten durch die Städte und Gemeinden
- Eine unbürokratische Vergabe der Hallen- und Platzzeiten
- Die Öffnung der Schulsportplätze bis in die Abendstunden
- Schaffung zusätzlicher Stellen für PlatzwartInnen und HausmeisterInnen

4.12 Für fünf Euro in den Zoo

Der Zoo Hannover leidet seit geraumer Zeit unter Besucherschwund und damit zurückgehenden Einnahmen. Gleichzeitig leisten sich Geschäftsführung und Regionspolitik, einen größeren Teil der Bevölkerung vom Zoobesuch abzuschrecken, weil die Eintrittspreise extrem hoch sind. Die Eintrittspreise gehören verglichen mit anderen Zoos zu den höchsten in Europa. Familien mit wenig Geld sind quasi vom Zoobesuch ausgeschlossen. Obwohl gerade diese Familien besonders auf den Zoobesuch angewiesen sind, weil sie sich meist keinen Urlaub leisten können.

Auf Druck der LINKEN in der Regionsversammlung haben SPD und Grüne zwar mittlerweile ermäßigte

Eintrittspreise für einkommensschwache Familien eingeführt, die jetzt noch die Hälfte des normalen Eintrittspreises zahlen müssen. Erwachsene mit wenig Geld sind in der Sommersaison mit 12,50 Euro pro Person dabei (Normalpreis 25 Euro). Kinder von sechs bis 16 Jahren zahlen 8,50 Euro (Normalpreis 17 Euro). Kinder zwischen drei und fünf Jahren müssen 6,50 Euro berappen (Normalpreis 13 Euro). Wenn Oma und Opa mitkommen, sind so schnell zwischen 50 und 70 Euro fällig – Geld, das die Betroffenen nicht haben.

DIE LINKE fordert:

- Um die Einnahmen des Zoos zu erhöhen und zugleich allen Familien den Zoobesuch zu ermöglichen, fordern wir ein 5-Euro-Eintrittsticket für Arbeitslose und Geringverdiener/innen. Kinder bis zum Alter von 16 Jahren sollen freien Eintritt haben.
- Auch für Familien mit durchschnittlichem Einkommen muss der Eintrittspreis sinken, um ihnen einen mehrfachen Zoobesuch im Jahr zu ermöglichen

5. Solidarisches Arbeiten und Wirtschaften in der Region Hannover

Egal ob in Hannover, im Umland, in Deutschland oder der EU: Überall belasten Schuldenberge die öffentlichen Haushalte, während die Privatvermögen der Superreichen kontinuierlich steigen. Mit dieser ungerechten Umverteilungspolitik von unten nach oben muss Schluss sein. Millionen BürgerInnen sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Verlierer der Finanzkrise sind vor allem die Jugendlichen und die Alten. Für viele Menschen ist die Tafel die einzige Möglichkeit, sich satt zu essen. Ein Staat der tausende Tafeln braucht ist alles andere als ein sozialer Staat.

DIE LINKE fordert Arbeitsverhältnisse, die den Bedürfnissen und Fähigkeiten der arbeitenden Menschen entsprechen, tarifvertraglich abgesichert und unbefristet, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen, nicht krank machen und altersgerecht sind. Ein-Euro-Jobs, Teilzeit ohne Rückkehrrecht, sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit will DIE LINKE abschaffen. Wir wollen weitere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine Nichtbesteuerung des Mindestlohns, Rücknahme der Arbeitsverdichtungen und den Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen.

Zunehmende Arbeitsverdichtung, Befristung von Arbeitsplätzen und prekäre Arbeitsverhältnisse führen massenhaft zu Zukunftsängsten und einer Zunahme von psychischen und physischen Erkrankungen.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist in der Region Hannover nicht gelöst. Dabei besteht nicht nur ein Problem des Übergangs von der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis. Bereits die Ausbildungsangebote für Jugendliche sind vielfach unzureichend. Alle Jugendlichen brauchen eine Zukunft und das geht nur mit einer beruflichen Perspektive.

Zunehmende Arbeitsverdichtung, Befristung von Arbeitsplätzen und prekäre Arbeitsverhältnisse führen massenhaft zu Zukunftsängsten und einer Zunahme von psychischen und physischen Erkrankungen.

Das Gesundheitswesen wird aktuell kaputtgespart, die Gesundheitsversorgung in der Region Hannover ist nicht mehr ausreichend gesichert. Rot-Grün in der Region will Krankenhäuser in Lehrte und Großburgwedel schließen und wirft zur Zeit politische Nebelkerzen um diese Absicht zu verschleiern – siehe dazu eigenen Gesundheitsteil in diesem Programm. In den Dienstleistungsbereichen werden vielfach miserable Löhne gezahlt, der öffentliche Dienst ist häufig von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt. Gerade im öffentlichen Dienst und im sozialen Sektor wird gespart.

Mit dem Haushaltskonsolidierungsprogramm der Stadt Hannover werden erneut Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. DIE LINKE fordert zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Konjunktur- und Investitionsprogramm von der Region Hannover und den in ihr zusammengeschlossenen Städten und Gemeinden. Maßnahmen, die einzig auf den Arbeitsmarkt bezogen sind und Lohndisziplinierung, Qualifizierung und Mobilisierung zum Ziel haben, können keine Nachfrage nach Arbeitskräften schaffen. Es sind direkte und ökologisch sinnvolle Investitionen in die vielfältige Infrastruktur der Region erforderlich. Der Schwerpunkt des Beschäftigungskonzeptes der LINKEN ist die Ausweitung sozialer Dienstleistungen. Weiterer Schwerpunkt ist die Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus.

DIE LINKE fordert:

- Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge statt Privatisierung. Bereits privatisierte Unternehmen der

Daseinsvorsorge sind zu rekommunalisieren und der öffentliche Sektor ist auszubauen.

- Wirksamen Schutz kleinerer und mittlerer Unternehmen. Der Anstieg der Gewerbemieten ist zu deckeln (insbesondere bei Laden-, Gastronomie- und sonstigen Kleingewerbeflächen). Es muss eine kommunale Förderung für ortsansässige Gewerbetreibende durch Bereitstellung günstiger Miet- und Pachtflächen erfolgen. Spekulativer Leerstand ist auch bei Gewerbeflächen zu bekämpfen.
- Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm: Sofortige Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in der Region Hannover in sozialversicherungspflichtige und nach Tarif bezahlte Arbeitsplätze.
- Sofortige Schaffung von 5000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Region Hannover im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes. Mit dem Aufbau eines kommunalen öffentlichen Beschäftigungssektors in den Bereichen Soziales und Ökologie sollen sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu ist eine Neuorganisation der JobCenter in der Region Hannover erforderlich, wobei unter anderem wirkungsvolle Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen geschaffen werden müssen.
- Einrichtung eines kommunalen Betriebes der Region Hannover als Dach- und Auffangbetrieb
- Unternehmen sollen nur dann Fördersummen oder Subventionen bekommen, wenn sie tarifliche und sozialversicherungspflichtige Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.
- Tariferhöhungen müssen vollständig an soziale Projekte und Einrichtungen im Rahmen der öffentlichen Zuwendungen weitergegeben werden.
- Wir setzen uns für eine Veränderung des niedersächsischen Ladenschutzgesetzes ein. Wir wollen Ladenöffnungszeiten zum Wohle der Beschäftigten.
 - Daher ist die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage ist auf vier pro Jahr zu beschränken, es ist eine einheitliche Lösung für die gesamte Region zu finden.

5.1 CETA², TTIP³ und TISA⁴ verhindern

Den Konzernen der jeweils anderen Staaten soll, im Rahmen dieser Freihandelsabkommen „gerecht und billig“ sowie ohne „Diskriminierung“ der Marktzugang gewährt werden. Ihre Investitionen sollen geschützt sein. Als Bereiche des „allgemeinen wirtschaftlichen Interesses“ sollen die öffentlichen Dienstleistungen sowie die Daseinsvorsorge dem freien Markt geöffnet werden.

Als Faustpfand für die Durchsetzung ihrer Interessen soll für die Unternehmen ein Investitionsschutzprogramm installiert werden. Sie können dann vor internationalen Schiedsgerichten gegen alles klagen, was ihre Gewinnerwartungen zu schmälern droht. Solche Gerichte sollen nach wie vor unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen, ihre Urteile sind rechtsgültig und völkerrechtlich verbindlich. Entscheidungen werden auf Grundlage von CETA, TTIP und TISA getroffen; die Abwägung von Verfassungsrechten, wie sie nationale Gerichte vornehmen, findet nicht statt.

Für internationale Konzerne wird eine Rechtsordnung jenseits von Grundgesetz, Menschenrechten, Sozialstaat und Demokratie eröffnet. Mit CETA, TTIP und TISA wird in Deutschland die „marktgerechte Demokratie“ (Angela Merkel) Wirklichkeit. Kommenden politischen Mehrheiten wird damit die Freiheit der Entscheidung genommen. Dies ist ein Angriff auf die Demokratie!

Treten diese Abkommen in Kraft, würden mühsam erkämpfte Rechte und Standards über Bord geworfen. Auflagen und Beschränkungen im öffentlichen Interesse würden aufgehoben oder auf ein zwischen den beteiligten Staaten vereinbartes Mindestmaß reduziert, wie zum Beispiel der Daten-, VerbraucherInnen-, Umwelt- und Arbeitsschutz. Einem Kostendumping zwischen den Staaten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bietet sich ein breites Feld – das betrifft insbesondere Sozialleistungen. Nachwirkungsfristen von Jahren machen einen Ausstieg aus diesen Abkommen fast unmöglich.

Für die Region Hannover würden CETA/TTIP und TISA bedeuten:

- Rekommunalisierungen wären grundsätzlich nicht mehr möglich
- Die Wasserwirtschaft und die öffentlichen Energieversorgungsunternehmen in der Region Hannover

²Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU

³Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU

⁴Zwischenstaatliches Abkommen, das Privatisierungen erheblich erleichtert und unumkehrbar macht

gerieten unter Privatisierungsdruck

- Die Sonderstellung der GBH und KSG, der Sparkassen (Gemeinwohlorientierung, kommunale Trägerschaft) und anderer kommunaler Unternehmen wäre in Gefahr
- Kommunale Interessen bei öffentlichen Ausschreibungen wären gefährdet, Beispiele sind vorgesehenen Bindungen an Tariftreue, Mindestlohn und die ILO-Kernarbeitsnormen sowie die Mittelstandsförderung; Frauenförderung würde unmöglich gemacht.
- Alle Maßnahmen, die der Begrenzung der Mietpreise dienen sollen (zum Beispiel Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau und soziale Erhaltensverordnungen), können zu Schiedsgerichtsklagen wegen „entgangener Gewinne“ führen.
- Es droht die Erlaubnis von Fracking durch die Hintertür

DIE LINKE. fordert für die Region Hannover:

- Sowohl die Region als auch die Kommunen sollen dem Bündnis „Gemeinden gegen TTIP, CETA und TISA“ beitreten. Bisher haben sich mehr als 300 Gemeinden darunter Springe und Laatzen gegen TTIP, CETA und TISA ausgesprochen. CETA, TTIP und TISA können wir nur gemeinsam in einem breiten Bündnis von Initiativen, Verbänden und engagierten Einzelpersonen verhindern.

5.2 Für einen solidarischen öffentlichen Sektor

Privatisierungen führten und führen zu einem Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Beim Betreiben von öffentlicher Daseinsvorsorge durch private Unternehmen steht nur das Gewinnstreben und nicht die Leistungsqualität für die Menschen im Vordergrund. Eine solidarische Gesellschaft erfordert hingegen die Garantie eines verlässlichen und zeitgemäß ausgebauten öffentlichen Sektors. Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen demokratisch organisiert, verantwortet und kontrolliert werden. Die Teilhabe an diesen Diensten und Einrichtungen muss für alle EinwohnerInnen gewährleistet werden.

Statt auf Privatisierung setzt DIE LINKE. auf eine Stärkung öffentlichen Eigentums, insbesondere in den Bereichen der Daseinsvorsorge, der gesellschaftlichen Infrastruktur, der Energie- und Wasserwirtschaft und des Finanzsektors. Dabei sollen staatliche und kommunale, genossenschaftliche oder belegschaftseigene Eigentumsformen bevorzugt Berücksichtigung finden.

Dort, wo Güter oder Leistungen der Daseinsvorsorge schon privatisiert wurden, setzt sich DIE LINKE. dafür ein, diese im Rahmen einer Rekommunalisierung in die Verantwortung der öffentlichen Hand zurückzuholen, um wieder öffentliche Kontrolle über Infrastruktur und Netzmonopole zu erlangen.

DIE LINKE. fordert für die Region Hannover:

- Beendigung von Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, auch wenn sie im Rahmen von ÖPP⁵ Projekten erfolgen. Schulen, Schwimmbäder, Freizeitheime und andere öffentliche Gebäude gehören in öffentliche Verantwortung.
- Die Nichtprivatisierung oder Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse und Bahnen gehören in die öffentliche Hand.
- Überprüfung der Aufgabenbereiche der Arbeitsorganisation: Die Kommunikation mit den BürgerInnen und Bürgern ist transparent und ergebnisorientiert zu gestalten, elektronische Informationssysteme müssen von Software-Monopolisten unabhängig sein.
- Umfassende Weiterbildung von Beschäftigten. Technologische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen sind dabei gleichermaßen zu stärken; die soziale Sicherheit und die Mitsprache der MitarbeiterInnen des Öffentlichen Dienstes müssen gewährleistet werden.
- Sofern öffentliche Unternehmen in einem Netzwerk bei der Auftragsvergabe mit vor- und nachgelagerten Unternehmen stehen, sollen über vertragliche Gestaltungen bei der Auftragsvergabe auch bei diesen Unternehmen betriebliche Mitbestimmung, gerechte Entlohnung, Kündigungsschutz und reguläre Beschäftigung durchgesetzt werden.

⁵ÖPP- oder auch PPP-Projekte werden Kooperationen zwischen Staat und Privatinvestoren genannt, die langfristig die Privatwirtschaft begünstigen und die Steuerzahlenden benachteiligen.

5.3 Solidarische Ökonomie

Solidarische Ökonomie ist eine alternative Form des Wirtschaftens, die Teile des Korporatismus und Teile des Syndikalismus in sich vereint. Sie orientiert sich an bedürfnisorientierten, sozialen, demokratischen und ökologischen Ansätzen. Solidarökonomische Projekte sollen grundsätzlich im Dienste des Menschen stehen. Darüber hinaus basiert sie auf der Idee, dass jeder Mensch ein Teil der Gesellschaft und seine Arbeit damit ein entscheidender Bestandteil für den Fortschritt der Menschheit sei.

Sozial-Ökologisch-Alternative Stadtentwicklung – Unterstützung der Solidarischen Ökonomie

Zur solidarischen Ökonomie gehören Genossenschaften, die die Stadt mit neuem Leben erfüllen. Sozialunternehmen, die nicht einfach den Unternehmenswert maximieren wollen, sondern auf den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Produkte und Dienstleistungen abzielen. Bürger-Energieinitiativen, die sich mit dezentraler Energieerzeugung die Macht von den Energiekonzernen zurückholen und die Produktionsprozesse demokratisch gestalten sowie Vereine und Stiftungen. Ebenfalls ein Teil der solidarischen Ökonomie ist die solidarische Landwirtschaft, Stadtteil- und Gemeinschaftsgärten und Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften (Direktvermarktung).

Beispiele in der Region Hannover:

- Die Erntegemeinschaft Hannover am Lindener Berg arbeitet auch nach dem Prinzipien der SoLawi.
- Meine Ernte in Everloh vermietet Ackerland zur eignen Nutzung.
- Transition Town Hannover
- Platzprojekt in Hannover-Linden

Als LINKE wollen wir Unternehmen der solidarischen Ökonomie besonders unterstützen, weil sie eine wichtige Rolle in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft spielen. Die Landeshauptstadt Hannover und die Region Hannover sollten vor allem die europäischen Fördermöglichkeiten nutzen, um Unternehmen der solidarischen Ökonomie stärker zu fördern, denn sie setzen mit unternehmerischen Mitteln soziale und ökologische Ziele um. Solche gemeinwohlorientierte Unternehmen brauchen einen besseren Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe und zu unbürokratischer Hilfe und Darlehen.

6. Gleiche Rechte für alle – kein Mensch ist illegal

DIE LINKE in der Region Hannover tritt dafür ein, dass für alle in der Region lebenden Menschen die juristische, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung gewährleistet wird.

Gleichberechtigung und Chancengleichheit ist für MigrantInnen in unserer Gesellschaft noch nicht gewährleistet. Nach wie vor wird ein großer Teil der MigrantInnen an der Ausübung demokratischer Rechte gehindert. Viele der bei uns lebenden MigrantInnen haben kein Wahlrecht und somit nicht die Chance, die Bedingungen unter denen sie leben mitzubestimmen.

DIE LINKE. fordert auf Bundes- und Landesebene:

- Eine konsequente Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention
- Das allgemeine passive und aktive Wahlrecht für alle Menschen ab 16 Jahren in Deutschland leben wollen
- Die sofortige Aussetzung von Kettenduldungen und die regelhafte Vergabe der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nicht unter zwei Jahren. Völlige Abschaffung der Residenzpflicht und Legalisierung von Menschen ohne Papiere und die Anerkennung dieses Personenkreises hinsichtlich der rechtlichen Gleichstellung und Erteilung von Arbeitserlaubnissen.
- Geldleistungen statt „Gutscheine“
- Eine sofortige Abkehr von der neu geschaffenen Abschiebep Praxis und verurteilt dabei das Herangehen von Rotgrün in Niedersachsen, Flüchtlinge zukünftig mit „aller Härte“ abschieben zu wollen, wenn diesen kein Asyl gewährt werden soll
- Achtung der Rechte minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge durch pädagogische Betreuung und

der Gewährung gleichgestellter Bildungschancen sowie menschenwürdige Altersfeststellungen

DIE LINKE. fordert für die Region Hannover:

- Zügige Einbürgerung für jede und jeden, die oder der einen Einbürgerungsantrag stellt.
- Sicherung und Ausbau bestehender Beratungsstrukturen
- Aneignung interkultureller Kompetenzen und interkultureller Sensibilität in den Bereichen der Pflege, der Schulen und Hochschulen, der Verwaltung und der Justiz.
- Gewährleistung des Einsatzes von staatlich geprüften DolmetscherInnen
- Mehr Mittel für die Antidiskriminierungsstelle
- Gleiche Behandlung bei der Vergabe von Arbeitsstellen für Arbeitssuchende mit und ohne Migrationshintergrund.
- Befreiung bei kommunalen Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen der Beschäftigten von der Pflicht zur Anzeige „Illegaler“.
- Einführung niedrigschwellige, kostenfreier Sprachangebote für alle Altersstufen und deren schrittweisen Ausbau.
- Stärkung der Integrationsbeiräte in den Städten und Gemeinden der Region
- Viele EU-BürgerInnen in der Region Hannover sind von Armut betroffen. Die Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise vor allem in den südlichen Ländern Europas führen zu Zuwanderung aus diesen Ländern. EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien arbeiten oft zu unzumutbaren Bedingungen und sind oftmals von miserablen Wohnverhältnissen betroffen. Sie sind oftmals Opfer rechtspopulistischer Stimmungsmache. DIE LINKE. steht an der Seite von Wirtschaftsflüchtlingen im Kampf gegen die Sparpolitik der EU!
- Unterbringung von Betroffenen in familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum
- Sicherstellung des Kita- und Schulbesuches der Kinder und Jugendlichen

7. Keinen Fußbreit den FaschistInnen und RechtspopulistInnen

In Hannover erstarken rechtspopulistische, rassistische und faschistische Kräfte wie der örtliche PEGIA-Ableger, die AfD und die bereits im Rat der Stadt Hannover vertretenen „Hannoveraner“. Die Ursachen des beängstigenden Erstarkens rechter Kräfte liegen in einer verfehlten Außen- und Sozialpolitik der deutschen Bundesregierung.

Auch Bundesweit erstarken rechtspopulistische bis offen faschistische Kräfte. Es gibt vermehrt Übergriffe gegen AsylbewerberInnen und deren Unterkünfte, so auch verstärkt in der Region Hannover.

Auf rechten Kundgebungen und Demonstrationen sind Hass-Parolen gegen „Ausländer“, verbale Angriffe gegen demokratische Strukturen sowie Angst schürende Hetze gegen Muslime zu hören.

Rassismus, rechtspopulistische oder faschistisch geprägte Gedanken und Handlungen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, beziehungsweise sie sind so hoffähig gemacht geworden, dass sie offensiv verbreitet werden können.

DIE LINKE wendet sich gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten treten wir entschieden entgegen und benennen auch vor Ort die wirklichen Ursachen der Missstände - in der Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Wohnungspolitik, etc.

Dieser Verantwortung sind wir uns in unserer Arbeit in kommunalen Parlamenten bewusst. Wir wollen in der Stärkung der Jugendarbeit, mit dem Ausbau von Sozialarbeit, Bildungs- und Aufklärungsarbeit und der Unterstützung von antifaschistischen Initiativen den Nährboden für faschistische Gruppen zerstören.

Deshalb fordert DIE LINKE. auf Bundesebene:

- Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge: Sofortiger Stopp aller Bundeswehreinätze im Ausland und ein Verbot von Waffenexporten und Nahrungsmittelspekulationen
- Ein Verbot aller faschistischen Organisationen

DIE LINKE. fordert für die Region Hannover:

- Ausschöpfung aller repressiven Mittel gegen Veranstaltungen faschistischer und rechtspopulistischer Organisationen. Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda!
 - Ein städtisches Bildungsprogramm gegen Rassismus, das Jugendlichen die Geschichte des deutschen Faschismus und seine furchtbaren Auswirkungen anhand von Beispielen aus der Region Hannover näher bringen soll.
 - Die Umbenennung des Steintorplatzes in „Halim Dener Platz – Platz der Opfer rassistischen Terrors“⁶
 - DIE LINKE. Region Hannover unterstützt das Bündnis „Bunt statt Braun“
- Unsere sozialpolitischen Forderungen, besonders diejenigen, die den sozialen Wohnungsbau betreffen, sind als praktische Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensstandards aller in der Region wohnenden Menschen gedacht. Durch einen Ausbau der sozialen Rechte aller Menschen wird den rechten Demagogen der Wind aus den Segeln genommen.

8. Mobilität und Verkehr – umweltfreundlich und sozial

Jahr für Jahr schraubt Regionspräsident Hauke Jagau zusammen mit SPD und Grünen in der Regionsversammlung die Fahrpreise der üstra in die Höhe. Diese Preistreiberei gibt es jetzt schon seit 15 Jahren. Immer mehr Menschen haben Probleme, das zu bezahlen. Seit Jahren streitet DIE LINKE dagegen. Wir wollen diesen jährlichen Griff ins Portemonnaie der Fahrgäste beenden.

8.1 Mobilität für Alle: Preis runter beim Sozialticket

DIE LINKE in der Regionsversammlung hat jahrelang dafür gestritten: Die MobilCard S, ein ermäßigter Monatsfahrchein für Busse und Bahnen, gibt es nun seit Ende 2013. Wir fordern: Arbeitslose und Geringverdiener sollen mehr von diesem Sozialticket profitieren. Dafür muss der Preis von 34,10 Euro für die Tarifzone 1 auf den Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität von 24 Euro sinken. Dieser Preis muss in Hannover und im Umland unabhängig von Tarifzonen gelten. Bisher müssen Anspruchsberechtigte aus dem Umland für alle vier Tarifzonen 59,40 Euro berappen, was für die Betroffenen unbezahlbar ist. Ob und wie weit der Zuschussbedarf der Region zu dieser stark ermäßigten Monatsfahrkarte durch die weiteren Preisnachlässe steigt, ist unklar. Denn zusätzliche Fahrgäste werden den Verkehrsunternehmen auch zusätzliche Einnahmen beschern. Bisher ist die Nutzung des Sozialtickets wegen der hohen Preise recht überschaubar: Bei der vorerst letzten Erhebung vor zwei Jahren nutzten 10.000 Anspruchsberechtigte den Monatsfahrchein. Außerdem wurden zu diesem Zeitpunkt rund 13.000 Tagesfahrcheine abgesetzt. Insgesamt aber hätten 135.000 Männer, Frauen und Jugendliche Anspruch auf die Fahrcheine.

Für Jugendliche unter 18 Jahren soll der öffentliche Nahverkehr grundsätzlich kostenlos sein.

8.2 Endlich attraktiver Nachtverkehr mit S-Bahn

Vor vier Jahren beantragte DIE LINKE in der Regionsversammlung zum ersten Mal, einen stündlichen Nachtverkehr mit der S-Bahn am Wochenende und an Feiertagen einzuführen. Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 war es dann soweit: Seitdem können Nachschwärmer/innen und Partygänger/innen in den Wochenend- und Feiertags-Nächten jede Stunde zwischen 24 Uhr und 5 Uhr vom Hauptbahnhof sicher ins Umland nach Hause fahren. Die Bahnen sind voll.

Um den öffentlichen Nahverkehr in Hannover und im Umland weiter zu verbessern, will DIE LINKE das Angebot mit Stadtbahn, S-Bahn und Bussen zu Zeiten und auf Strecken erweitern, wo viele Fahrgäste einsteigen. Und wir wollen die Barrierefreiheit verbessern, die im Busbereich bisher kaum realisiert ist. Wir fordern im Einzelnen:

- 15-Minuten-Takt mit der S-Bahn in der morgendlichen Hauptverkehrszeit und zur Rushhour am Nachmittag. Davon werden die Fahrgäste aus dem Umland profitieren, die zur Hauptverkehrszeit oft in

⁶Halim Dener war ein kurdischer Jugendlicher, der aus rassistischen Motiven von einem deutschen Polizisten in Hannover erschossen wurde

überfüllten S-Bahnen stehen müssen.

- Stopp des Stadtbahnprojekts „10/17“. SPD und Grüne wollen Millionen für ein schlechteres Stadtbahnangebot in der hannoverschen Innenstadt geben. Die heutige Linie 10 soll dann nicht mehr zum Schauspielhaus und zum Aegi fahren. DIE LINKE lehnt diesen Unsinn ab. Wir fordern stattdessen, die heutige Linie 10 abwechselnd einmal oberirdisch von Ahlem bis zum Aegi und einmal durch die Humboldtstraße und dann unterirdisch durch Tunnelstrecke über Waterloo bis zum Hauptbahnhof fahren zu lassen. Zwischen 6 und 20 Uhr soll die heutige Stadtbahnlinie 10 im 5-Minuten-Takt verkehren, was vor allem das Nahverkehrsangebot in Limmer und Linden-Nord verbessern wird.
- Die geplanten S-Bahn-Haltestellen in Waldhausen und am Braunschweiger Platz zügig realisieren, um wichtige Umsteigemöglichkeiten zur Stadtbahn zu schaffen. An beiden Punkten kreuzen mehrere Stadtbahnlinien die S-Bahn.
- üstra-Nachtsternverkehr in allen Nächten.
- Die Stadtbahnlinie 8 soll von 5 bis 23 Uhr bis zur Dragonerstraße fahren. Bisher ist am Hauptbahnhof Endstation.
- Mehr barrierefreie silberne Stadtbahnen auf den Linien 2 und 8. Dort verkehren fast nur die grünen, nicht barrierefreien Fahrzeuge. Sie haben eine Stange in der Mitte der Einstiege, und der Spalt zwischen Bahnsteig und Fahrzeug ist mit 10 Zentimetern für Rollifahrer/innen zu groß.
- Dichter Takt auf viel frequentierten Buslinien in Stadt und Umland, wie der Linie 120 in Davenstedt und der Linie 133 in Vahrenwald. Die Buslinie 120 etwa verkehrt heute meist nur im 20-Minuten-Takt in die City, obwohl Davenstedt rund 11.000 Einwohner und keine Stadtbahnanbindung hat.
- Die Bussteige werden von der Region mit 16 Zentimetern Höhe zu niedrig ausgeführt und sind deshalb nicht barrierefrei. Wir fordern einen ebenerdigen Einstieg in den Bus, mindestens aber eine Einstiegshöhe von 21 Zentimetern, damit der Höhenunterschied zwischen Bordstein und Buseinstieg nicht größer als fünf Zentimeter ist, was als barrierefrei gilt. Damit das klappt, muss die Region die Bushaltestellen als sogenannte Kap-Haltestellen bauen, die der Bus ohne Kurven auf gerader Linie anfahren kann.
- Damit der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen auch in finanzschwachen Umlandkommunen wie Springe vorankommt, muss die Region den barrierefreien Ausbau für solche Kommunen komplett bezahlen. Bisher ist ein Eigenanteil der Städte und Gemeinden fällig, was hochverschuldete Kommunen überfordert.
- Ersatz des sogenannten Y-Verkehrs auf den Stadtbahnlinien 2 und 8 durch eigenständige Verkehre nach 21 Uhr wie vor 21 Uhr und sonntags ganztägig. Auf beiden Linien werden die Bahnen bisher ab 21 Uhr und sonntags ganztägig geteilt und fahren in verschiedene Richtungen weiter: Der vordere Wagen fährt nach Rethen, der hintere zum Endpunkt Messe-Nord. Diese sogenannte Y-Linie sucht man im Liniennetzplan der üstra vergebens. Im Winter wird es noch komplizierter, weil der Wagenzug bei Frost nicht auseinandergelockert wird, sondern ungeteilt nach Rethen (Linie 2) oder Messe-Nord (Linie 8) weiterfährt. Der „Y-Verkehr“ entfällt zudem bei bestimmten Veranstaltungen auf dem Messegelände. All das erzeugt große Verwirrung und Ärger bei den Fahrgästen, weil viele am falschen Ziel ankommen. Von den vermeidbaren Falschfahrten besonders betroffen sind Gelegenheitsfahrer/innen, Blinde und Sehbehinderte.
- Trassen für neue mögliche Stadtbahnstrecken nach Davenstedt, Berenbostel und vom Hauptbahnhof bis zur Sallstraße mit einem Abzweig zum Zoo freihalten.
- Perspektivisch vordern wir den Fahrscheinlosen ÖPNV

9. Bildung ist keine Ware

DIE LINKE. setzt sich für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems in Deutschland ein. In keinem anderen Industrieland der Welt sind die Bildungschancen derart abhängig vom sozialen Status wie in Deutschland. Kinder und Jugendliche aus ärmeren Schichten haben kaum Chancen eine gute Ausbildung in Deutschland zu bekommen. DIE LINKE. engagiert sich für eine emanzipatorische Bildung und Erziehung. Diese soll auf Persönlichkeitsentwicklung, die allgemeine und berufliche Bildung sowie auf die demokratische Teilhabe gerichtet sein und Chancengleichheit für alle gewährleisten. DIE LINKE. tritt für ein

einheitliches und demokratisches Bildungswesen ein, von der Kita bis zur Weiterbildung. Jeder und jedem sollen die gleichen Möglichkeiten offenstehen, sich zu bilden. Die kritische Aneignung der Realität, die Bildung eines humanitären Bewusstseins, die solidarische Aufmerksamkeit für die Mitmenschen, die Entwicklung verantwortungsvoller Handlungsfähigkeit zur Überwindung von gesellschaftlichen Problemen, die Ermöglichung zivilcouragierten Handelns bei ungerechten sozialen Verhältnissen – das sollten allgemeine Ziele des Lernens in allen Bildungseinrichtungen von der Kita über die allgemeine und berufliche Schule bis zur Hochschule sein.

9.1 Gebührenfreie und gute frühkindliche Bildung für alle

Die ersten Jahre sind für die Entwicklung eines Menschen besonders wichtig. Auf dem Papier gibt es inzwischen einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem ersten Lebensjahr. Daran anschließend ab dem dritten Lebensjahr den Anspruch auf einen Kita-Platz. Dennoch suchen vielen Eltern in der Region Hannover händeringend und erfolglos nach freien Plätzen. Nach wie vor sind Krippen- und Kita-Plätze nicht kostenlos. Außerdem entspricht die Ausstattung vieler Kitas (hier besonders bei freien Trägern) nicht den geforderten Standards.

DIE LINKE fordert:

- Krippen und Kindergärten sind Bildungseinrichtungen. Jedes Kind muss deshalb ab dem ersten Lebensjahr den wirklichen Anspruch auf einen Ganztagsplatz bekommen, dieser ist (einschließlich Verpflegung) öffentlich zu finanzieren und für die Eltern gebührenfrei.
- Der Personalschlüssel ist auf mindestens eine Fachkraft für drei Kinder bei allen bis zu dreijährigen Kindern und eine Kraft für durchschnittlich 7,5 Kinder bei allen drei- bis sechsjährigen Kindern verbindlich in der Region Hannover festzulegen.
- Aufwerten! Die Ausbildung aller ErzieherInnen ist auf Fachhochschulniveau anzuheben, und es muss eine entsprechende tarifliche Entlohnung erfolgen. Der Beruf der ErzieherInnen ist auch deshalb mit einer höheren tariflichen Einstufung aufzuwerten, damit die immer mehr zunehmende prekäre Beschäftigung von Fachkräften im Kita-Bereich abgebaut wird. Gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sichern eine gute Betreuungsqualität für die Kinder und stärken deren Rechte.
- In allen Kitas ist die vorschulische Sprachförderung durch festangestellte, qualifizierte Sprachförderungskräfte zu gewährleisten.
- Ausbau des öffentlichen Kita-Angebotes in der Region Hannover. Vor allem in den unterversorgten Bereichen.
- Kurze Beine, kurze Wege. Die Kitas müssen für Kinder und Eltern stadtteilnah und auf kurzen Wegen erreichbar sein
- Die Kita-Öffnungszeiten bleiben weiterhin grundsätzlich bis 18 Uhr beschränkt. Im Einvernehmen mit den betroffenen Betriebs- und Personalräten kann im Einzelfall in (neuen) Betriebskindergärten regionseigener Unternehmen eine Ausweitung des Betreuungsangebotes erfolgen, wenn unabdingbarer Schichtdienst dies erforderlich macht.
- Die kommunalen Verwaltungen und die kommunalen Betriebe entwickeln ein Konzept für die Schaffung von Betriebskindergärten in der Region Hannover. Betriebe der öffentlichen Hand wie die kommunalen Krankenhäuser richten Betriebskindergärten ein. Dabei werden die ErzieherInnen nach den tariflichen Bestimmungen des TVöD entlohnt. Eine Vergabe an profitorientierte private Träger ist zukünftig zu unterlassen. Die Kommunen der Region Hannover fordern die Privatwirtschaft auf, ebenfalls in Abstimmung Konzepte für Betriebskitas zu entwickeln und diese dann umzusetzen.
- Freie Träger bekommen zukünftig nur dann eine Förderung, wenn sie den geforderten Personalschlüssel einhalten, nach den Regeln des TVöD entlohnen und die Kitas den üblichen Standard kommunaler Kitas erfüllen.
- Die Hortbetreuung in der Region Hannover ist bedarfsgerecht auszubauen. Die Schließung von Horten lehnt DIE LINKE. ab., solange an den betroffenen Ganztagschulen kein angemessenes pädagogisches Angebot durch qualifizierte Lehrkräfte und ErzieherInnen vorgehalten wird, sondern lediglich eine „Aufbewahrung“ durch Dritte erfolgt. Langfristig muss es auch einen Rechtsanspruch auf einen Hortplatz für

Kinder geben. Langfristig muss es auch einen gesetzlichen Anspruch auf Hortplätze geben.

- Es ist eine höhere Finanzierungsbeteiligung durch das Land Niedersachsen und durch den Bund anzustreben, damit die Städte und Gemeinden in der Region Hannover nicht ausschließlich selbst finanzieren müssen.

9.2 Für ein sozial gerechtes Schulwesen

Das dreigliedrige Schulsystem in Niedersachsen gehört abgeschafft. Nach wie vor gilt das Gymnasium als die Schule der „Besseren“ und die Haupt- und Realschule gelten mehr oder weniger als „Restschule“. Entsprechend dieser Ideologie und im Zusammenhang mit der starken sozialen Auswahl ballen sich in den beiden letzteren Schultypen die sozialen Herausforderungen. Sie nehmen zudem die größte Anzahl von Kindern mit sozialpädagogischem Förderbedarf auf, wobei dort bei weitem nicht die erforderlichen Mittel für die Anforderungen der Inklusion zur Verfügung gestellt werden.

→ Siehe auch Kinder- und Jugendpolitik

DIE LINKE. fordert:

- Eine echte Gemeinschaftsschule! Nur ein solches Schulkonzept schafft die Aussicht auf Bildungsgerechtigkeit. Die Grundschulen sind ein Beweis dafür, dass es möglich ist, alle Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit in einer Schule zu unterrichten. Sie sind daher Modell für die „Eine Schule für alle“. DIE LINKE. ist gegen das dreiklassige Schulsystem, weil es Chancenungleichheit strukturell organisiert.
- Die Region Hannover entwickelt zusammen mit den Kommunen einen Schulentwicklungsplan als Grundlage für die Einrichtung von neuen Schulen und die Sicherung bestehender Standorte.
- Im ersten Schritt erfolgt der Aufbau weiterer integrierter Gesamtschulen in der Region Hannover erfolgen. Hier werden alle SchülerInnen bis mindestens zum 10. Schuljahr gemeinsam unterrichtet.
- Die gesellschaftlichen und pädagogischen Aufgaben der Inklusion müssen auf alle Schultypen ausgeweitet werden. Es ist eine Doppelbesetzung mit dafür gesondert ausgebildeten Lehrkräften für die Inklusion vorzunehmen.
- Die Klassengrößen sind zu reduzieren, weil in kleinen Lerngruppen gemeinsames solidarisches Lernen vereinfacht wird und sich Kinder und Jugendliche dabei besser entfalten können.
- Es soll eine gleich gute personelle Ausstattung für alle Schulformen (Fachlehrkräfte mit gleicher Ausbildung, Bezahlung und Stundenzahl) und eine bessere Förderung für Schulen in benachteiligten Stadtteilen erfolgen, um die Kinder und Jugendlichen bei der Überwindung zusätzlicher Lernhindernisse zu unterstützen.

9.3 Recht auf Ausbildung Jetzt – Wer nicht ausbildet muss zahlen

Eine gute Berufsausbildung ist für jeden einzelnen von großer Bedeutung für seine spätere Erwerbstätigkeit und der damit einhergehenden Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Trotz aller Berichte über Facharbeitermangel durch die Unternehmen bekommen längst nicht alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Viele Betriebe in der Region Hannover bilden nach wie vor nicht aus. DIE LINKE. will zukünftig ein System, wo alle Jugendlichen, die eine betriebliche Ausbildung absolvieren wollen auch tatsächlich einen qualifizierten Ausbildungsplatz in der Region Hannover bekommen und nach der Ausbildung auch übernommen werden.

DIE LINKE. fordert:

- Alle SchulabgängerInnen mit mittlerem oder niedrigem Schulabschluss müssen das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit nahtlosem Übergang haben. Jugendliche ohne Schulabschluss sollten zunächst eine Ausbildungsvorbereitung besuchen, um daran anschließend nahtlos in eine Berufsausbildung wechseln zu können.
- Junge Menschen, die ohne Abschluss die allgemeinbildende Schulen verlassen, sollen weiter an den Standorten BBS VI und BBS VII (Voraussetzung Reorganisation der Berufsschulstandorte in der Region Hannover) im Berufsvorbereitungsjahr ihre restliche Schulpflicht erfüllen und dort ihren Hauptschulabschluss absolvieren. Gleichzeitig sollen hier neue Konzepte zur Eingliederung in das duale

Ausbildungssystem (zusätzliche Fördermöglichkeiten und verstärkte Zusammenarbeit mit den Kammern) entwickelt werden.

- AbsolventInnen, die eine Ausbildungsvorbereitung absolviert haben müssen dann, wenn sie keinen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz bekommen, durch ein qualifiziertes Berufsbildungsangebot in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten ausgebildet werden.
- Ausbildung muss zur Pflicht aller Betriebe werden. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, werden Nichtausbildungsbetriebe in der Region Hannover zur Finanzierung der außerbetrieblichen Ausbildung im Rahmen einer regionsweiten Ausbildungsumlage herangezogen.
- Kleinbetriebe, die ausbilden, sollen von den Prüfungskosten und den Kosten für die überbetriebliche Ausbildung befreit werden.
- Das Berufsschulkonzept der Region Hannover ist zu reorganisieren und mit einer Dezentralisierung der Standorte zu verbinden. Die Schließung der BBS VI ist zurückzunehmen. Die Berufsschulstandorte in der Region Hannover sind so zu gestalten, dass sie für die BerufsschülerInnen mit dem ÖPNV mit vertretbarem Zeitaufwand erreicht werden können.

9.4 Gesellschaftliche Teilhabe durch lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen ist nicht Aufgabe der Privatwirtschaft. Erwachsenenbildung wird für die Kommunen immer wichtiger. In den letzten Jahren hat das Land Niedersachsen in der Erwachsenenbildung die Mittel weiter gekürzt. DozentInnen müssen Freiberuflich arbeiten, sie haben noch nicht einmal einen Anspruch auf Lohnfortzahlung. Die Volkshochschule und andere gemeinnützige Bildungseinrichtungen sind strukturell unterfinanziert. Weiterbildung wird immer mehr privatisiert.

DIE LINKE. fordert:

- Ausreichende finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen und der gemeinnützigen Träger in der Erwachsenenbildung
- "Mehr Festanstellungen der Dozierenden, höhere Stundensätze und eine finanzielle Absicherung im Krankheitsfall.
- Verpflichtung der öffentlichen Verwaltungen, der kommunalen Betriebe und der öffentlich finanzierten Einrichtungen, das Recht nach dem Bildungsurlaubsgesetz in Niedersachsen für die Beschäftigten umzusetzen.
- Teilnahmhürden sind durch abgesenkte und erlassene Gebühren weiter abzubauen.

9.5 Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung an demokratischen Hochschulen

Die derzeitige Hochschulpolitik in der Region Hannover wird bestimmt durch die Ideologie der „unternehmerischen Hochschule“, orientiert an kurzfristigen Verwertungsinteressen statt dem Allgemeinwohl. So setzt die Landeshauptstadt Hannover in ihrem Stadtentwicklungskonzept konsequent auf die weitere Privatisierung der Hochschulen. Insbesondere sollen in den nächsten Jahren vermehrt Drittmittel für die Hochschulen und für die Forschung generiert werden. Das bedeutet nichts anderes als eine weitere Privatisierung der Hochschulen mit der Folge das Unternehmerinteressen die Hochschulpolitik bestimmen und nicht mehr die demokratisch gewählten Gremien in Politik und Gesellschaft. Deswegen kämpft DIE LINKE. gemeinsam mit kritischen Aktiven aus den Hochschulen und Gewerkschaften für gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaften und die Bildung mündiger Menschen.

DIE LINKE. fordert auf Landesebene:

- Es muss eine Demokratisierung an den Hochschulen erfolgen
- Alle Einengungen im Studium müssen beseitigt werden, unter Anderem durch einen selektionsfreien Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang und durch die Abschaffung von Zwangsexmatrikulationen
- Es ist eine Zivilklausel einzuführen, in welcher Frieden anstelle der Betriebswirtschaft als Leitbild gilt
- Es muss dauerhaft eine bedarfsdeckende staatliche Finanzierung der Hochschulen erfolgen, auch

um die Wissenschaften aus ihrer inhaltlichen Abhängigkeit von privaten Drittmittelabgaben zu befreien

- Es muss ein nachfrageorientierter Ausbau der Studienplätze an allen öffentlichen Hochschulen in Gang gesetzt werden, sodass eine soziale Öffnung der Hochschulbildung für alle interessierten Menschen mit und ohne Abitur möglich wird. Eine bedarfsdeckende, elternunabhängige staatliche Ausbildungsfinanzierung ist unabdingbar.

10. Natürliche Lebensgrundlagen erhalten

In Niedersachsen ist der Erhaltungszustand der Arten und Biotop als ungünstig zu bewerten. Die Liste bedrohter und bereits ausgerotteter Arten wird immer länger. Landschaftsverbauung, Verlust an Nutzungsvielfalt usw. bewirken den Lebensraumverlust der Arten und Biotop im Umland.

Das Burgdorfer Land ist neben Deister und Steinhuder Meer eines von lediglich drei Vorsorgegebieten für Natur und Landschaft außerhalb Hannovers. Durch die Besonderheit der Leineauen existieren allerdings auch dort und in der Leinemasch für viele seltene Tier- und Pflanzenarten gute Lebensbedingungen. Immer mehr auf der roten Liste geführten Tiere und Pflanzen siedeln gerade in diesen Lebensräumen. Immer mehr allerdings auch in den Innenstadtbereichen der Städte in der Region. Gleiches gilt für die zusammenhängende Fläche der Eilenriede. Diese Flächen gilt es zu erhalten.

10.1 Kleingärten aus sozial-ökologischer Verantwortung erhalten

Die Kleingartenflächen in Hannover sind ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlichen Grüns – genauso wie die Eilenriede, der Tiergarten, die Parks oder die Leinemasch. Einen Raubbau an den innerstädtischen Grünflächen lehnen wir ab. Die im Wohnkonzept aufgezeigten Wohnbauflächen auf Dauerkleingartenflächen beispielsweise im Bereich Kleefeld / Groß-Buchholz erteilen wir eine deutliche Absage. Wir setzen uns dafür ein, dass die im gültigen Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Hannover⁷ ausgewiesenen Kleingartenflächen zusätzlich als "Vorranggebiete Freiraumfunktion" im RROP 2015 unter dem Punkt „Freiraumsicherung und – nutzungen“ gesichert werden. Die Kleingartenflächen haben eine Naherholungsfunktion für alle Einwohnerinnen und Einwohner in einer immer weiter verdichteten Stadtbauung, das heißt sie sind für alle StadtbewohnerInnen erreichbar ohne Nutzung abgasproduzierender Verkehrsmittel. Trotz weiterem Wohnungsbau innerhalb der städtischen Grenzen muss der vom Deutschen Städtetag empfohlene Richtwert von einem Kleingarten zu elf Geschosswohnungen erhalten bleiben. Es ist davon auszugehen, dass mit einer zunehmenden Einwohnerzahl ein steigender Bedarf an wohnortnahen Kleingartenflächen zur urbanen Erholung und Nahversorgung entsteht und somit die Nachfrage nach Kleingärten bei den in der Stadt lebenden Menschen wächst. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms haben die unversiegelten Böden einen besonderen Stellenwert. Für das Ziel des Masterplans der Region Hannover „100 Prozent für den Klimaschutz“, Treibhausgase um 95 Prozent in einer „klimaneutralen“ Region Hannover gegenwärtig und zukünftig zu reduzieren, sind unversiegelte Kleingartenflächen in der Stadt als unverzichtbar anzusehen. Denn der geplanten Schaffung von neuen Wohnräumen aufgrund der steigenden Einwohnerzahl können diese Ziele nicht in diesem Umfang allein durch technische und technologische Maßnahmen oder „Kleingrünmaßnahmen“ (Fassadenbegrünung, begrünte Dächer) erreicht werden. Zusätzlich sind unversiegelte Flächen überdies unabdingbar für den funktionierenden Grundwasserhaushalt einer Großstadt in Zeiten von Starkregen und langen Trockenperioden.

Mehr Wildnis in der Stadt und auf dem Land – statt weniger Grün!

10.2 Bienen sind ein Schlüssel des Ökosystems

Beim weltweiten Bienensterben spielen Pestizide eine große Rolle. Dramatische Folgen für Bienenvölker hat vor allem der Einsatz von Neonicotinoiden, weil die u.a. von Bayer und Syngenta hergestellten Gifte das Immunsystem der Tiere schwächen und ihre Orientierungsfähigkeit stören. In der Folge finden die Tiere nicht mehr zu ihrem Stock zurück und werden anfälliger für Krankheiten, die zum Kollaps des ganzen Bienenvolkes führen können. Die Abhängigkeit des Menschen von der Biene bleibt. Als drittichtigstes

⁷<http://www.hannover-gis.de/GIS/>

Nutztier nach Rind und Schwein spielt sie eine entscheidende Rolle in unserer Nahrungsmittelproduktion. Die Arbeit der Honig- und Wildbienen ist für den Menschen lebensnotwendig und kann von keiner Maschine der Welt ersetzt werden! Deshalb tritt DIE LINKE. in der Region Hannover für einen konsequenten Schutz des Lebensraums von Bienen ein!

10.3 Die Rückkehr des Wolfes...

...in unsere Region und die Reaktion vieler PolitikerInnen darauf, steht sinnbildlich für den schlechten Umgang mit bedrohten Arten in unserer Region. Der Verlust wichtiger Ökosystemfunktionen betrifft auch den Menschen. Deshalb ist es wichtig, fast ausgestorbene Pflanzen und Tiere zu schützen und ihre Rückkehr zu ermöglichen.

Natur braucht Raum. Tiere und Pflanzen brauchen Gebiete, in denen sie ungestört leben können, wie auch der Mensch Orte braucht, an denen er die Natur in Ruhe genießen und erleben kann. Ohne Natur kann der Mensch nicht existieren. Aber die biologische Vielfalt ist gefährdet. Artenschwund und Zerstörung schreiten unaufhaltsam voran. Der Mensch zerstört seine eigene Lebensgrundlage. Dem muss entgegen gehalten werden!

DIE LINKE. fordert für eine ökologische Region Hannover:

- eine gentechnikfreie Region Hannover
- Erstellung eines regionalen Öko-Atlas zum Aufzeigen von Umweltbelastungen
- Durchsetzung des Verursacherprinzips bei Umweltschäden
- Ausweisung von Blühflächen mit entsprechender Vegetation zum Arterhalt von Pflanzen und Insekten durch die Region Hannover
- Koordinierung des Hochwasserschutzes bei der Region Hannover zur Abstimmung der Hochwasserschutzprojekte
- Erhaltung und Weiterentwicklung aller Naherholungs-, Natur-, Vogelschutz-, Landschaftsschutz- und Wasserschutzgebiete in der Stadt und im Umland.
- Beibehaltung der zeitlichen Nutzungseinschränkung auf dem Steinhuder Meer zugunsten des Vogelschutzes
- Biogasanlagen sind nur genehmigungsfähig, wenn sie, Grünschnitt, Gülle und biologische Produktionsrückstände verarbeiten, nicht aber auf Grundlage von extra dafür angebauten Pflanzen
- keine weiteren Massentierhaltungsanlagen in der Region Hannover
- Förderung des Weiteren Ausbaus der biologischen Landwirtschaft und der artgerechten Tierhaltung
- Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, um so auch regional erzeugte Lebensmittel zu vermarkten
- Ein umfangreiches vegetarisches Angebot sowie die bevorzugte Verwendung von Nahrungsmitteln aus der Region in öffentlichen Kantinen, im Klinikum Region Hannover und Schulen und Kindertagesstätten
- Fast ausgestorbenen Pflanzen und Tieren die Rückkehr in unsere Natur zu ermöglichen und zu fördern, damit der Kreislauf Mensch-Tier-Pflanze wieder rund wird und uns allen die weitere gesunde Existenz ermöglicht.
- Eine vorrangige Bebauung von bereits erschlossenen Flächen
- Keine Tierdressuren mehr von Zirkussen in der Region Hannover
- Verbot der Warenproduktion und des Handels mit Produkten, die mit Tierversuchen entwickelt wurden. Eine Ausnahme stellen Medikamente dar, die Menschenleben retten.

11. Energiepolitik

Von CDU über SPD bis zu den Grünen: Die anderen Parteien behaupten, die Energiewende sei nur mit vielen Hochseewindrädern und großen Stromautobahnen nach Süddeutschland hinzubekommen. Durch die Region Hannover soll die Stromautobahn SuedLink den Hochseewindstrom nach Bayern transportieren. Diese war lange Zeit wie die anderen Stromautobahnen als Freilandleitung, bestehend aus drei großen

Mastreihen, geplant. Vor dem Hintergrund der Proteste von bundesweit zahlreichen Bürgerinitiativen beschloss die Große Koalition in Berlin, die Kabel in der Erde zu verlegen. Damit sind zwar zahlreiche Beeinträchtigungen der Landschaft und der Umwelt durch oberirdische Mastreihen vom Tisch. Es bleiben aber drastisch steigende Strompreise und andere Nachteile.

11.1 Strompreise werden drastisch steigen

Hochseewindstrom ist der mit Abstand teuerste Ökostrom. Die Einspeisevergütung beträgt für Windräder an Land für fünf Jahre 8,9 Cent pro Kilowattstunde. Hochseewindstrom bekommt dagegen einen Vergütungssatz von 15,4 Cent pro Kilowattstunde über mindestens zwölf Jahre oder 19,4 Cent für mindestens acht Jahre. Hinzu kommen die Stromautobahnen, deren Bau als Freilandleitungen laut Bundesnetzagentur mindestens 22 Milliarden Euro kosten werden.

11.2 Erdverkabelung bis zu achtmal so teuer wie Freilandleitungen ...

Bei der nun beschlossenen Erdverkabelung verdreifachen sich bei einfachen Bodenverhältnissen nach Angaben der Netzbetreiber mindestens diese Kosten. Die Kosten für die unterirdischen Stromautobahnen könnten aber auch auf das Achtfache steigen, heißt es. Das alles müssen dann die privaten Endverbraucher/innen berappen. Immer mehr Menschen haben schon heute Probleme, die hohen Stromkosten zu bezahlen.

... und hat weitere Haken

Nicht nur wegen der drastisch steigenden Strompreise ist die Erdverkabelung ein Problem. Nach Angaben des potenziellen Südlink-Betreibers Tennet und der Firma ABB scheidet die Verlegung unter der Erde in Wald- und Sumpfbereichen aus. Auch sind Versorgungsstörungen nicht so leicht zu beheben wie bei den großen Freilandleitungen.

11.3 Typischer Fall von Industrielobbyismus

Südlink ist für DIE LINKE ein typischer Fall von Industrielobbyismus. Die zentralistische Energiewende mit vielen teuren Hochseewindrädern und den sündhaft teuren Stromautobahnen ist ganz im Sinne der großen Stromkonzerne, die so ihre Marktmacht und ihr Preisdiktat ins erneuerbare Energiezeitalter retten.

11.4 Die Alternative: dezentrale Energiewende

Eine dezentrale Energiewende mit dem Aus- und Aufbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen und anderen erneuerbaren Energieträgern in Süddeutschland wurde weder von der Bundesregierung noch von der Bundesnetzagentur in Erwägung gezogen - geschweige denn ernsthaft geprüft. Diese Form der Energiewende fordern auch Umweltverbände. Deutliche Fortschritte in der Stromspeichertechnologie machen dieses Szenario möglich. Dann sind die Stromautobahnen wie Südlink nicht mehr erforderlich, weil der Strom dort produziert werden würde, wo er gebraucht wird – und das ist vor allem in Süddeutschland der Fall.

DIE LINKE fordert für die Energiewende:

- Klares Nein zur zentralistischen Energiewende mit vielen Hochseewindrädern, SuedLink und den anderen Stromautobahnen. Die Energieversorgung darf sich nicht an den Interessen weniger Energiekonzerne orientieren, mit dem Ziel, die Renditen auf dem Rücken der Verbraucher/innen zu steigern. Energiepolitik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein.
- Offenlegung aller Gutachten und Bewertungen, die als Grundlage der Entscheidung zum Bau der Stromautobahn SuedLink und der anderen Stromautobahnen führten.
- Aus- und Aufbau einer dezentralen Energieversorgung, vor allem mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Süddeutschland.
- Rekommunalisierung der Energieerzeugung, des Netzbetriebs und des Energievertriebs und so Stärkung der örtlichen Stadtwerke in kommunaler Hand.

- Wo die Stadtwerke nicht allein der Kommune gehören, wie etwa in Burgdorf, wollen wir dem privaten Mitgesellschafter, meist ein Konzern, den Laufpass geben, um eine dezentrale Energiewende mit bezahlbaren Strompreisen zu ermöglichen.
- Stärkung und finanzielle Förderung von Energiegenossenschaften und Bürgerkraftwerken.
- Deutlich stärkere Nutzung der Wasserkraft, die bisher zu Unrecht ein Schattendasein führt und nicht selten von Behörden blockiert wird.
- Blockheizkraftwerke auf den Deponien in der Region Hannover, um die Abwärme zu nutzen.
- Bei der Nutzung der Windenergie fordern wir wegen bisher ungeklärter möglicher Gesundheitsgefahren durch Infraschall einen deutlich größeren Sicherheitsabstand zur Wohnbebauung als bisher von der Region Hannover geplant. Infraschall sind unhörbare, aber vom menschlichen Organismus trotzdem wahrgenommene Schallwellen, die Windkraftanlagen permanent aussenden. Infraschall steht wie anderer Lärm in Verdacht, Krankheiten wie Bluthochdruck und Diabetes zu erzeugen. Die Forschung steht hier erst am Anfang. Weitere Untersuchungen sind dringend notwendig. Die Region Hannover plant als Genehmigungsbehörde bisher Windkraftanlagen mit einem Abstand von 800 Metern zu Siedlungen und 400 Metern zu einzelnen Häusern, was auch SPD und Grüne in der Regionsversammlung als ausreichend ansehen. Der vorsorgende Gesundheitsschutz hat für uns hier Vorrang, zumal die neuen Windkraftanlagen 200 Meter hoch werden sollen und damit deutlich höher als bisher. DIE LINKE steht mit dieser Ansicht in Europa nicht allein. Nachdem sich Nerze auf einem Bauernhof in Dänemark unweit einer Windkraftanlage tot gebissen hatten, gab die dänische Regierung ein Gutachten in Auftrag, das möglichen Gesundheitsgefahren durch Infraschall auf den Grund gehen soll. Die Ergebnisse sollen in einem Jahr vorliegen. Bis dahin haben viele Kommunen im Pionierland der Windenergie den Ausbau dieser Energieform „auf Eis“ gelegt.

12. Müllgebührensatzung in den Müll!

Die knapp 8.000 Klagen gegen die aktuelle Müllgebührensatzung waren eine schallende Ohrfeige für Regionspräsident Hauke Jagau (SPD), den Abfallentsorger aha sowie SPD, Grüne und FDP in der Regionsversammlung. Sie beschlossen diese Satzung gegen die Stimme der LINKEN vor drei Jahren. Die Bürger/innen wehrten sich mit ihren Klagen gegen die drastischen Steigerungen bei den Müllgebühren von bis zu 150 Prozent.

Müllgebühren sind mit die höchsten in ganz Deutschland und ...

Die Müllgebühren sind heute in Hannover und im Umland mit die höchsten in ganz Deutschland. Wer etwa als Einfamilienhausbesitzer in Springe wohnt, muss für die kleinste Tonne Restmüll 135 Euro zahlen. Ein Ort weiter in Bad Münder im Landkreis Hameln-Pyrmont sind es nur 35 Euro.

... liefern keinen Anreiz zur Müllvermeidung

LINKEN-Regionsabgeordneter Michael Fleischmann protestierte als erster in der Regionsversammlung – lange vor der CDU - gegen diesen Wahnsinn. Die hohe Zwangsabnahmemenge beim Restmüll von zehn Litern pro Person und Woche belohnt diejenigen, die viel Müll produzieren. Umweltbewusste Bürger/innen, die Abfall vermeiden und schön brav in Wertstoffe und Restmüll trennen, zahlen dagegen massiv drauf. Sie müssen für Restmüll zahlen, den sie gar nicht erzeugt haben. Das kritisiert auch das Bundesumweltministerium und fordert: Der Bürger müsse durch sein Verhalten die Gebührenhöhe beeinflussen können. So steht es im Abfallvermeidungsprogramm des Bundesumweltministeriums. Die politischen Mehrheiten in der Region Hannover machen mit ihrer Müllgebührensatzung genau das Gegenteil.

12.1 Bürgerverarschung statt Bürgerbeteiligung

Aufgeschreckt durch die vielen Klagen und Gerichtsurteile gelobten SPD, Grüne, FDP und Regionsverwaltung im vergangenen Jahr Besserung. Es sollte unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern eine neue Müllgebührensatzung erarbeitet werden. Leider geriet die Bürgerbeteiligung zur Farce.

Bürgergutachter/innen, die eine neue Satzung erarbeiten sollten, wurden missbraucht, um die aktuelle Müllgebührensatzung abzusegnen.

Die die Bürgergutachter/innen wurden nicht immer richtig vom beauftragten INFA-Institut beraten. Die Beratung war aber Voraussetzung dafür, damit die Bürgergutachter/innen ihr Gutachten überhaupt erstellen konnten. So behauptete der Institutsleiter bei der Präsentation des Bürgergutachtens, die Chiptonne sei in Städten, die sie eingeführt haben, nur bei Ein- und Zweifamilienhäusern eingeführt worden, weil die Chiptonne nicht bei Mehrfamilienhäusern funktioniere. Eine Falschaussage, wie Recherchen der LINKEN in Städten ergaben. Zu nennen sind etwa Dresden, Celle oder der Landkreis Gießen, wo die Chiptonne sehr wohl auch bei Mehrfamilienhäusern eingesetzt wird. Bremen fährt zweigleisig und nutzt Tonnen mit und ohne Funkchip. Größere Wohneinheiten und Unternehmen sind dort mit sehr großen Chip-Müllcontainern ausgestattet. Die Chiptonne funktioniert so: Ein an der Tonne montierter Funkchip übermittelt die Müllmenge vor der Leerung an den Abfallentsorger. Abgesehen von einer Grundgebühr in Form einer bestimmten Zahl von Mindestleerungen pro Jahr zahlt jeder nur für den tatsächlich erzeugten Restmüll. So besteht ein großer Anreiz, Müll zu vermeiden und sich damit umweltgerecht zu verhalten.

Auch waren von den 50 geladenen Bürgergutachter/innen im Schnitt nur 30 anwesend, sodass auch von einem repräsentativen Ergebnis keine Rede mehr sein kann.

12.2 Bundesregierung will private Entsorger stärken – zu Lasten der Beschäftigten und GebührenzahlerInnen

Die Bundesregierung lässt derzeit ein neues Wertstoffgesetz erarbeiten, das Privatfirmen die lukrativen Wertstoffe zuschieben soll. Danach soll das Einsammeln der Wertstoffe in Zukunft nach den Vorschriften des öffentlichen Vergaberechts ausgeschrieben werden. Diese Materialien sammeln bisher kommunale Entsorgungsunternehmen wie aha mit Tarifbindung im Öffentlichen Dienst ein. Dazu kommt die Vergabepaxis des Dualen Systems Deutschland, das privaten Firmen erlaubt, Angebote nachträglich zu unterbieten, mit der Folge, dass der private Entsorger Remondis schon heute die gelben Säcke mit den lukrativen Wertstoffen im hannoverschen Umland einsammeln darf. Diese Situation wird sich mit dem neuen Wertstoffgesetz weiter verschärfen. Nicht nur Lohndumping zu Lasten der Beschäftigten wird damit gefördert. Dem kommunalen Betrieb aha werden weitere wichtige Erlöse aus dem Wertstoffbereich verloren gehen. Die Abfallgebühren werden weiter steigen.

DIE LINKE fordert:

- Die völlig gescheiterte Abfallgebührensatzung zurückziehen und eine neue Satzung unter echter Einbeziehung der Bürger/innen erarbeiten – auch um aha vor weiterem Imageschaden in der Öffentlichkeit zu bewahren. Denkbar wäre, dass aha an alle Kundinnen und Kunden einen Fragebogen verschickt, um die Bürger/innen nach ihren Vorstellungen zu befragen. Die Ergebnisse dieser Befragung muss die Mehrheitspolitik dann auch umsetzen.
- Zugleich plädiert DIE LINKE für die Einführung der Chiptonne. Sie wird in anderen Kommunen mit viel Erfolg, hoher Kundenzufriedenheit und preiswert für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Ein Beispiel ist neben den schon erwähnten Städten der Landkreis Schaumburg, wo die Müllgebühren nur halb so hoch sind wie bei uns.
- Wertstoffhöfe, Grüngutannahmestellen und die Sperrmüllabfuhr müssen kostenfrei bleiben, um einer wilden Müllentsorgung vorzubeugen. Dass deshalb die Müllgebühren hoch sein müssen, wie aha-Geschäftsführung und Regionsverwaltung gern behaupten, stimmt nicht. Im Landkreis Hildesheim etwa ist die Sperrmüllannahme von zwei mal drei Kubikmetern pro Jahr auch kostenlos. Und der Grünschnitt wird mehrmals im Jahr kostenlos eingesammelt. Trotzdem sind die Müllgebühren im Landkreis Hildesheim deutlich niedriger als in der Region Hannover.
- Klares Nein zum neuen Wertstoffgesetz, das zu Lasten der Beschäftigten und Gebührenzahler/innen

gehen wird. Wir fordern die Große Koalition in Berlin auf, davon Abstand zu nehmen und gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die kommunalen Entsorgungsunternehmen stärken, anstatt zu schwächen.

- **Den kommunalen Entsorger aha als regionseigenes Unternehmen erhalten und nach Möglichkeit stärken. Eine privatisierte Abfallentsorgung mit Lohndumping zu Lasten der Beschäftigten lehnen wir ab.**

13. Für die Emanzipation von Frauen - gegen Gewalt an Frauen

In der Veränderung der Gesellschaft hin zu prekären, auch bei Vollzeit nicht mehr existenzsichernden Arbeitsverhältnissen und dem Ab- und Umbau des Sozialstaates sind Frauen besonders betroffen. Das zeigen Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV-Empfängerinnen, vom Versorgungszwang geschaffene Abhängigkeiten, insgesamt prekäre soziale Bedingungen, hier vor allem bei alleinerziehenden Frauen. Teilzeitarbeit und Minijobs (der Anteil der Frauen beträgt auch in der Region Hannover mehr als 70 %) bedeuten Armutsgefährdung von Frauen im Alter. Dies und die prinzipiell schlechtere Bezahlung von „Frauenberufen“ begründen die weitaus geringeren Einkommen von Frauen bei gleicher Arbeitsleistung. Verstärkt auch durch die rigide Veränderung der öffentlichen Arbeitsverwaltung hat sich die soziale Ungleichheit auch innerhalb der Frauen verstärkt. Durch Privatisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Einschnitte im sozialen Bereich wird die Sorge für Kinder, Alte und Kranke individualisiert. Immer noch tragen Frauen hierbei die Hauptlast.

Der Kampf gegen Frauenarmut ist vordringlichstes Ziel. Das ist der Kampf für die Teilhabe von Frauen an Erwerbsarbeit, die ihnen eine eigenständige Lebensführung und soziale Sicherheit auch im Alter garantiert. Es ist der Kampf gegen eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die immer noch vor allem Frauen die gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit zuweist. Frauenpolitik ist der Kampf für die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter an Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Gestaltung von Gesellschaft und individueller Entwicklung. Kinder sind der Schatz unserer Gesellschaft. Sie dürfen kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut von Frauen mehr sein.

Extraaufgabe bleibt der Kampf gegen Gewalt an Frauen, in der sich die unmenschliche Abwertung des weiblichen Geschlechtes verdeutlicht. Die Ereignisse in der Silvesternacht 2015 in Deutschland sind ein erschütterndes Beispiel dafür. Die Linke erteilt aber allen eine entschiedene Absage, die diese Ereignisse nutzen, um Ausländerhass und Rassismus zu schüren. Gewalt gegen Frauen findet in unserer Gesellschaft und auch in der Region Hannover alltäglich, oft unsichtbar im häuslichen Bereich, statt, ohne dass sie zum öffentlichen Skandal wird. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Sexismus zum gesellschaftlichen „No Go“ wird, dass jeglicher Form der Abwertung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen eine entschiedene Absage erteilt wird. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen bleibt zugleich eine große Herausforderung. Sexuelle Gewalt verschwindet nicht mit den kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen.

DIE LINKE in der Region Hannover will mit ihren Forderungen eine neue gesellschaftliche Debatte entfachen, um Mädchen und Frauen für ihre Rechte zu sensibilisieren und sie auf dem Weg der Emanzipation zu unterstützen. Dabei geht es nicht um eine einseitige Betrachtung. Auch Jungen und Männer verpassen aufgrund ihrer Rollenzuweisungen und gelebten Prägungen jede Menge Lebenschancen, die sie als Individuen nutzen könnten.

Auf Bundes- und Landesebene:

- Es ist eine freie Wahl der Mutter für den Geburtsort ihres Kindes einzuräumen. Hausgeburten und Geburten im Geburtshaus müssen weiterhin möglich und finanzielle abgesichert sein. Hebammen Tätigkeit muss durch einen bundesweiten, steuerfinanzierten Haftungsfonds gesichert werden.
- Verhütungsmittel müssen kostenlos sein.
- Die ersatzlose Streichung des § 218 des Strafgesetzbuches bleibt unsere Forderung⁸
- Der Kampf gegen Frauenarmut ist vordringlichstes Ziel, daher muss ein Kampf für die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen geführt werden.
- Es muss das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchgesetzt werden

⁸Wüde zu einer liberalisierung der Abtreibungspraxis führen

DIE LINKE. fordert für die Region Hannover:

- In der Region und in den dort zusammengeschlossenen Gemeinden ist ein Regionsaktionsplan „Gute Arbeit für Frauen“ zu entwickeln und umzusetzen. Dazu gehören verbindliche Verabredungen mit der Wirtschaft in der Region Hannover, zum Beispiel was den Abschluss von Ausbildungsverträgen betrifft. Schwerstarbeit von Frauen zum Beispiel in der Pflege, muss die gleiche Wertigkeit wie die der klassischen Männerberufe bekommen und dementsprechend entlohnt werden.
- Der Ausbau betreuter Wohnprojekte für obdachlose Frauen ist auszubauen
- Beratungseinrichtungen – ob interkulturell, bei Suchtfragen oder für Erwerbslose müssen geschlechtssensibel beraten. Die Fachleute vor Ort müssen dafür ausgebildet sein. Daher dürfen Zuwendungen für Beratungen nicht gekürzt werden, damit die Arbeit verbessert werden kann.
- Bereits bestehende Frauenprojekte in der Region Hannover, wie Frauenberatungsstellen, Frauennotruf etc. dürfen nicht der Sparpolitik zum Opfer fallen.
- Um der häuslichen Gewalt wirkungsvoll zu begegnen, bedarf es fester Kontingente von Wohnungen für die betroffenen Frauen und Kinder.
- Familienarbeit (Reproduktionsarbeit) und die „Arbeit am Menschen“ muss gesellschaftlich aufgewertet und entsprechend bezahlt werden.
- Um die Rolle der Frauen im Kampf gegen Faschismus, für die Durchsetzung der Frauenrechte zu verdeutlichen sind am 8. März (Internationaler Frauentag), der Equal Pay Day, One Billion Rising und dem 25. November (internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen) entsprechende Aktionen und Veranstaltungen durchzuführen, insbesondere in Schulen und Rathäusern.

14. Demokratie jetzt

Grundvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft ist, dass soziale, ökonomische und politische Verhältnisse geschaffen werden, die allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Lebensweise, die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen. DIE LINKE. setzt sich für eine Stärkung der sozialen und politischen Grundrechte sowie für breite Beteiligungsrechte der Menschen in Stadt und Region ein. DIE LINKE., ihre Mitglieder und ihre Abgeordneten werden sich in diesem Bereich immer verlässlich engagieren, wenn es um das Erkämpfen beziehungsweise um die Sicherung sozialer und demokratischer Rechte geht. Das heißt unter anderem auch: Demokratie hört nicht am Werkstor auf!

14.1 Beteiligung und Bürgerhaushalt

Die Demokratie im 21. Jahrhundert erfordert ein neues Verständnis vom Zusammenwirken zwischen Politik, Verwaltung und Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Beteiligung der BürgerInnen und neue Formen der selbstorganisierten Gestaltung der Region haben in den vergangenen Jahren einen Auftrieb erfahren. Leider hat Rot-Grün diesen Prozess in den letzten Jahren wieder heruntergefahren. Bürgerhaushalte, wie im Kommunalwahlkampf angekündigt, gibt es bis heute nicht. Zusätzlich zu den Wahlen alle fünf Jahre und um einer rückläufiger Wahlbeteiligung entgegenzuwirken, müssen die demokratischen Rechte durch plebiszitäre und partizipative Elemente erweitert werden. DIE LINKE. wird darauf hinwirken, dass sich viel mehr Menschen ermuntert fühlen, solidarisch für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu engagieren. DIE LINKE. unterstützt alle Ansätze, die dazu dienen, die Mitwirkungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten aller Menschen auszubauen. Dabei lehnt DIE LINKE. vorgegaukelte Beteiligungsmöglichkeiten, die auf der Ebene von Informationsvermittlung und wirkungslosen „Dialogveranstaltungen“ stehen bleiben, ab. Diese Beteiligungsfälle hat bei vielen engagierten Menschen zu Frustration und Wut geführt, weil Rot-Grün vor allem in der Region und in der Landeshauptstadt Hannover dann letztlich doch das macht, was sie bereits in Hinterzimmern beraten und entschieden haben. Von einer Beteiligung auf Augenhöhe ist in dieser Stadt nichts zu spüren. DIE LINKE. steht mit ihren Forderungen erst am Anfang einer noch zu entwickelnden Demokratisierung, in der zukünftig Wirtschafts- und Sozialräte mit weitreichenden Mitbestimmungsrechten ausgestattet werden sollen, die eng im Verbund mit den Menschen vor Ort arbeiten sollen.

DIE LINKE. fordert:

- Die Zuständigkeiten der Bezirks- und Ortsräte und deren Versammlungen müssen nachhaltig gestärkt werden. Wir brauchen eigene Haushalte, mit denen die Aufgaben in den Bezirken und Orten finanziert werden können. Dies schafft weder die Stadt- und Gemeinderäte noch die Region ab. Solch eine Vorgehensweise schränkt lediglich den Zentralismus der Stadtverwaltungen und der Regionsverwaltung ein. Dieser Zentralismus führt aktuell dazu, dass sich die BewohnerInnen in den Stadtbezirken oder Ortsteilen in den Städten und Gemeinden in der Region faktisch gar nicht an Entscheidungen der jeweiligen Ratsversammlungen beteiligen können.
- Neben den kommunalen Pflichtaufgaben und der Absicherung der sozialen, verkehrlichen und kulturellen Infrastruktur muss ein Anteil der jeweiligen Etats der Bezirks- und Ortsräte als „BürgerInnen – Haushalt“ ausgewiesen werden. Dies ist eine Summe, über die die Menschen in der Region mittels geeigneter, noch zu entwickelnder Formen und Gremien selbst und direkt entscheiden können. Voraussetzung dafür ist allerdings die Abschaffung der „Schuldenbremse“, damit den Menschen in den Bezirken und Orten nicht die Verwaltung des „Mangels“ zugeordnet wird, sondern sie das Allgemeinwohl souverän verwirklichen können.
- Die öffentlichen Unternehmen der Städte und Gemeinden in der Region Hannover und die der Region Hannover selbst müssen demokratisiert werden. In den Städten und Gemeinden müssen die EinwohnerInnen die Kontrolle ausüben, wie zum Beispiel bei den Energieversorgungs und Wasserwirtschaftsbetrieben.
- Wir wollen verbindliche Bürgerbefragungen zur Gestaltung der Städte und Gemeinden. Dabei soll der Verkehr, die soziale Infrastruktur und die Grünflächen berücksichtigt werden.
- Die Rechte der Bezirks- und Ortsräte sind zu erweitern:
 - I. die Verfügungsgewalt über öffentliche Flächen und Immobilien
 - II. die Einleitung und Aufstellung von Bebauungsplanverfahren
 - III. die Abschaffung des Rechts der Verwaltung, sog. Vorbehaltsgebiete einzurichten, die den Bezirks –und Ortsräten die Planungshoheit vollständig entziehen.
 - IV. die Verbindlichmachung von Bürgerentscheiden, die sich auf Regelungen der Bezirks- und Ortsräte beziehen.
- Bürger- und Volksentscheide sind ein wichtiges Mittel, um zentrale Probleme nach dem Willen der vor Ort lebenden Menschen zu lösen.
- Einführung von Kinder- und Jugendparlamenten, die von den ordentlichen Gremien angehört werden müssen.

15. Haushalt und Finanzen – Millionärssteuer statt Schuldenbremse

Der Föderalismus, also die dezentrale Organisation des Staates und seiner Verwaltung ist eine der wichtigsten Lehren, die aus dem deutschen Faschismus gezogen wurden. Ein dezentraler Staatsaufbau sollte dem Widererstarken autoritärer Strukturen entgegen stehen. Damit hing auch zusammen, dass es eine Verteilungspyramide für alle Staatseinnahmen geben sollte. Die angestrebte Wirkung dieser Form der Mittelverteilung war, dass das Geld dort ankommen sollte, wo die Menschen leben: In den Kommunen. So sollte die willkürliche Verwendung von Mitteln für antisoziale Zwecke wie Krieg und Repression durch eine Zentralregierung verhindert werden. Leider ist in der Geschichte der BRD ein zunehmender Bruch mit diesem Prinzip der föderalen Mittelverteilung, die wir als LINKE für richtig halten, zu beobachten. Wir fordern deshalb eine Rückkehr zu den Wurzeln des deutschen Grundgesetzes und stellen fest, dass nur bei einer massiven Besteuerung der Reichen und Wohlhabenden auf allen Ebenen Werte wie Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit erhalten und ausgebaut werden können. Für uns stellt ein vernünftiges Steuersystem, das die Armen entlastet und die Reichen zur Kasse bittet einen unabdingbaren schritt auf unserem Weg zur Vision des demokratischen Sozialismus dar.

DIE LINKE. fordert auf Bundesebene:

- Die Abschaffung der seit 2009 im Grundgesetz (Art 109) neu verankerten Schuldenbremse
- Die Erhöhung der Einkommenssteuer für Gutverdienende

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Umverteilungsinstrument
- Die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe von den Superreichen ab einem Vermögen von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro)
- Eine Anhebung der Erbschaftssteuer für große Vermögen
- Eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf das Niveau des Einkommenssteuersatzes
- Die spürbare Erhöhung der Körperschaftssteuer für Kapital

DIE LINKE. fordert für Stadt und Region Hannover:

- Es müssen regelmäßige Steuerprüfungen bei großen Unternehmen in der Region Hannover durchgeführt werden, wozu zusätzliche SteuerprüferInnen eingestellt werden müssen.
- Einkommensmillionärinnen und –MillionärInnen müssen einer jährlichen Steuerprüfung unterzogen werden.
- Der Gewerbesteuersatz ist spürbar anzuheben
- Die Grundsteuer auf Immobilien ist unter Einbezug einer sozial gestaffelten Freistellungsregelung zu erhöhen, sofern dies keine negativen Folgen für die kleine und mittleren Einkommensschichten hat

16. Deine Stimme gegen Wohnungsnot, Armut und Krieg

Unser Wahlprogramm beinhaltet notwendige erste Schritte, um die Probleme in der Region Hannover anzugehen. Diese Schritte kann DIE LINKE. nicht allein gehen, selbst mit einer Mehrheit in den Parlamenten nicht. Wir brauchen eine solidarische Bewegung unter Einbeziehung möglichst vieler Menschen, die eine friedliche und soziale Welt erkämpft. Denn um die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Gesellschaft zu verbessern, müssen wir uns gegen die Herrschenden wenden, die ihre Privilegien, ihren geraubten Reichtum und ihre Macht nicht von alleine aufgeben werden. Wir wollen über die Ursachen der Probleme aufklären, die soziale Spaltung in der Region Hannover thematisieren und gemeinsam mit Gewerkschaften, Friedens-, Bildungs- und Umweltbewegungen sowie anderen außerparlamentarischen Bündnissen für Widerstand und eine bessere Welt sorgen.

Empöre Dich, wehre Dich, organisiere Dich – wähle DIE LINKE!